



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1918**

139 (23.3.1918) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-180076](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-180076)

# Mannheimer General-Anzeiger

Verantwortlich für den allgemeinen und besondern: Chefredakteur Dr. Fritz Goldschmidt; für den Anzeigen: Anton Gröber, Druck u. Verlag: Druckerei Dr. Hans Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H., Schmidt in Mannheim. — Telegramm-Adresse: General-Anzeiger Mannheim. — Fernsprechnummern: Amt Mannheim: Nr. 7948, 7941, 7942, 7943, 7944, 7945 und 7946. — Postfach-Nr. 2917 Cadevisbüden am Rhein.

## Badische Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 10spaltige Zeile 40 Pfennig, Flugschein 50 Pfennig, Restanten 10 Pfennig, Anzeigen für den Sonntag 2 Pfennig, Anzeigen für den Montag 2 Pfennig, Anzeigen für den Dienstag 2 Pfennig, Anzeigen für den Mittwoch 2 Pfennig, Anzeigen für den Donnerstag 2 Pfennig, Anzeigen für den Freitag 2 Pfennig, Anzeigen für den Samstag 2 Pfennig, Anzeigen für den Sonntag 2 Pfennig, Anzeigen für den Montag 2 Pfennig, Anzeigen für den Dienstag 2 Pfennig, Anzeigen für den Mittwoch 2 Pfennig, Anzeigen für den Donnerstag 2 Pfennig, Anzeigen für den Freitag 2 Pfennig, Anzeigen für den Samstag 2 Pfennig, Anzeigen für den Sonntag 2 Pfennig.

Beilagen: Amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim. — Das Weltgeschehen im Bilde in moderner Kupfertiefdruck-Ausführung.

### Erweiterung der Erfolge zwischen Arras und La Fère.

Bis jetzt wurden 16000 Gefangene und 200 Geschütze gemeldet.

#### Deutscher Abendbericht.

Berlin, 22. März, abends. (W.T.B. Amtlich.)

Die Erfolge des gestrigen Tages in den Kämpfen zwischen Arras und La Fère wurden in Fortführung unseres Angriffes erweitert.

16000 Gefangene, 200 Geschütze wurden bisher gemeldet.

Vor Verdun blieb der Feuerkampf geheizert.

#### Der erste Großkampftag.

Berlin, 22. März. (W.T.B. Nichtamtlich.) Am 21. März hat die deutsche Offensive an der Westfront eingesetzt. Sie richtete sich zunächst gegen die Engländer. Die Artilleriebeschüsse entbrannten im Morgengrauen. Schon nach wenigen Stunden äußerst ergiebiger Feuerwirkung trat die deutsche Infanterie um 10 Uhr vormittags zwischen der Scarpe und Oise in einer Ausdehnung von 80 Kilometer zum Sturm an. In harten, für den Feind äußerst blutigen Kämpfen nahm sie in breiten Abschnitten überall die englischen Linien.

Der den Engländern völlig überraschend kommende Angriff entzifferte ihnen wichtige Abschnitte ihres sorgsam vorbereiteten und stark ausgebauten Geländes. Obwohl ein dichter Nebel, der erst später der Sonne wich, die Kampfstärke anfangs behinderte, war doch der Erfolg über Erwarten groß.

Die Einbußen der tapfer und sich wehrenden Engländer an Toten, Verwundeten und Gefangenen sind sehr schwer, die deutschen Verluste überraschend gering.

Dieser erste Großkampftag endete verheißungsvoll für die deutschen Waffen. Der Geist der Truppe ist von freudiger Siegeszuversicht getragen.

Die Beute an Gefangenen, Geschützen und sonstigem Kriegsmaterial konnte noch nicht endgültig festgestellt werden; bis jetzt sind 16000 Gefangene und 200 Geschütze gemeldet.

\*

Berlin, 23. März. (Von unserm Berliner Büro.) Der Lokal-Anzeiger erwähnt einen aufgefundenen englischen Funkapparat, der besagt, daß unsere gewaltige Artilleriewirkung eine Panik hervorgerufen habe, die es augenblicklich nicht gestatte, sich ein richtiges Bild von der Lage zu machen. Doch unsere Artillerie nördlich der Scarpe durch stärkstes Feuer die Aufmerksamkeit des gegenüberliegenden Feindes an sich fesselte, erscheint selbstverständlich. Aber wenn die englische Meldung behauptet, daß unsere Angriffsabsichten bekannt gewesen seien, so widerspricht dem die Aussage aller Gefangenen, die die Überraschung des Angriffs betonen. Außerdem würde die Niederlage des Feindes nur noch stärker hervorgehoben werden, wenn der Angriff tatsächlich erwartet worden wäre.

Die deutsche Tageszeitung läßt sich aus Amsterdam berichten: Der Mitarbeiter des Daily Chronicle meldet: Es waren nur wenige zusammenhängende und unbestätigte Nachrichten zu erhalten. Die Angriffe sind an der Front hart in die Enge getrieben worden, halten aber trotz wiederholten feindlichen Ansturms noch stand. Es wird noch Stunden dauern, bevor sich sagen läßt, wieviel der Feind gewonnen und was er mit seinem ersten Vorstoß noch nicht nehmen konnte. Unsere Truppen setzten, aber nicht nur um den Besitz ihrer Linien, sondern um die Zukunft Englands und unser ganzes Land. Sicher ist, daß unsere Truppen mit außerordentlichem Mut kämpften. Der Berichterstatter der Morningpost meldet, daß die Deutschen südlich der Scarpe einen bedeutenden Erfolg davonzutragen scheinen und zwar auf dem Abschnitt zwischen Cambrai—Arras und Cambrai—Bapaume. Gleichzeitig richteten sie südlich von Cambrai einen Angriff gegen das britische Aufgrabensystem in der Gegend westlich des Scheidefanais.

#### Englischer Heeresbericht vom 21. März abends.

Am 8 Uhr früh wurde nach heftigem Geschützefeuer mit Spreng- und Gasgranaten auf unsere vorderen Stellungen und weiter zurückgelegene Räume ein mächtiger Infanterieangriff durch den Feind durchgeführt. Auf einer Front von über 50 Meilen Ausdehnung von dem Oisefluß in der Gegend von La Fère bis zum Senne-Flusse bei Croixilles. Feindliche Artilleriedemonstrationen fanden auf einer ausgebeugten Front statt; nördlich des La Fère Kanals und im Abschnitt von Ypern. Der Angriff, von dem bereits seit einiger Zeit bekannt war, daß er sich in Vorbereitung befand, wurde mit größter Kraft und Entschlossenheit während des ganzen Tages durchgeführt. Im Laufe des Kampfes brach der Feind durch unsere

Vorpostenstellungen hindurch und es gelang ihm in unsere Kampfstellungen an gewissen Stellen der Front einzubrechen.

Die Angriffe wurden in breiten Massen ausgeführt und kamen den beteiligten feindlichen Truppen, welche außerordentlich schwere Verluste hatten, teuer zu stehen.

Schweres Ringen dauerte an der ganzen Front an. Starke Massen feindlicher Verstärkungstruppen wurden während des Tages beobachtet, wie sie sich hinter den feindlichen Linien vorwärts bewegten.

Verschiedene feindliche Divisionen, welche für diesen großen Angriff besonders ausgebildet waren, wurden bereits festgestellt, darunter Einheiten der Garde. Erbeutete Landkarten auf welchen die Pläne des Feindes eingezeichnet waren, lassen erkennen, daß er an keiner Stelle der langen Angriffsfront seine Ziele erreicht hat.

c. Von der Schweizerischen Grenze, 23. März. (Pr.-Tel. g. A.) Die Morningpost meldet von der französischen Front, ein Teil der Front sei in Bewegung gesetzt worden. Der Feind greife mit vielfacher Uebermacht an.

#### Die dritte Niederlage.

Im gestrigen Abendblatt haben wir bereits auf gewisse Ähnlichkeiten zwischen der Schlacht von Flisch-Tolmein, die am 24. Oktober 1917 begann, und der Schlacht von Arras-La Fère gegen die Engländer hingewiesen. Vorspiel und erste Wirkung gleichen sich aufs Haar. Eine kurze, aber gewaltige Bearbeitung der feindlichen Stellungen durch die Artillerie (die Berichte haben den gleichen Ausdruck: starke Feuerwirkung) — noch nicht ein Tag läuft ab und die ersten feindlichen Linien auf der ganzen Frontbreite sind genommen. Eine weitere Ähnlichkeit scheint in der Befangenzahlen hervortreten zu wollen. 24 Stunden nach dem Beginn der Offensive gegen die Italiener werden 10000 Gefangene und reiche Beute an Geschützen und Kriegsmaterial gezählt, die Beute fiel dann bekanntlich sehr reich. Am Abend des zweiten Tages der Offensive gegen die Engländer können schon 16000 Gefangene und 200 Geschütze gezählt werden. Aber es ist noch nicht der ganze Ertrag des ersten mächtigen Stoßes, wir dürfen nach dem Wortlaut des amtlichen Berichts annehmen, daß die Zahlen sich noch erhöhen werden. Die eingeleitete Kampfhandlung selbst ist nicht abgeschlossen. Der Angriff wird fortgesetzt, die Erfolge sind bereits erweitert worden.

Die Engländer haben nunmehr im Raume von Cambrai ihre dritte schwere Niederlage erlitten. Am 20. und 21. November 1917 machte Douglas Haig seinen ersten Stoß. Die Engländer brachen eine 5 Kilometer breite Lücke. In London war der Jubel groß, die Glocken von St. Paul wurden geläutet. Man hoffte, daß der Anfang vom Ende da sei. Es ist bekanntlich ganz anders gekommen. Am 30. November kam der wichtigste deutsche Gegenstoß. Die alten englischen Stellungen gingen zum Teil verloren, auf 10 Kilometer Breite, 4 in die Tiefe waren wir vorwärts gekommen. Die Beute betrug 9000 Gefangene, 148 Geschütze, 716 Maschinengewehre.

Die dritte Niederlage reiht sich nun den bisherigen schweren Mißerfolgen an. Sie ist noch nicht abgeschlossen, aber schon jetzt übertrifft sie die schwere Schlacht vom 30. Noobr.

Einen außerordentlich starken Eindruck wird der siegreiche deutsche Stoß, der in so wundervoll handgreiflichem Gegensatz zu den wüsten Phrasereien der Entente über ihre Offensivpläne steht, überall machen. Den Franzosen wird es bekommen zumute sein, wenn sie den stärksten Pfeiler der Stellung der Alliierten im Westen so plötzlich und heftig schwanken sehen. Im Haag aber wird man ungetrübte Freude empfinden, daß der schamlose Bedränger dermaßen in Bedrängnis gerät. Gerade ermannt sich die holländische Regierung zu einem flammenden Protest gegen den brutalen Schiffsraub. Die Abwehr gegen die freche Vergewaltigung wird neue Antriebe erhalten von der Kunde, die von der Scarpe zu den freudig aufhorchenden Holländern dringt.

\*

m. Köln, 23. März. (Pr.-Tel.) Zu dem Entscheidungsringen an der Westfront schreibt die Kölnische Volkszeitung: Wie bei den Heeresgruppen Kronprinz Ruprecht und Deutscher Kronprinz, so lauten auch bei den Heeresgruppen Galkwitz und Herzog Albrecht die Zeichen auf Sturm. Mit besonderem Interesse nahm man hierbei wieder allgemein die Meldungen von der artilleristischen Zerstörungsarbeit im Raume des Festungsbollwerkes von Verdun auf. Die Wichtigkeit dieses Frontabschnittes, der früher einmal das Ausfallstor des Feindes nach Deutsch-Lothringen bildete, erhellt ja schon aus der besangenen Tatsache der Reubildung einer Armeegruppe Galkwitz.

Nördlich Toul, wie übrigens auch im Sundgau sind auch amerikanische Truppen in Stellung, denen vermutlich bald Gelegenheit werden wird, ihre Geschicklichkeit mit unseren Soldaten zu messen. Der in unseren Truppen lebendige Siegesglaube, unsere erhöhte Bereitschaft nach der materiellen Seite des Krieges, unterstützt durch die erprobte Artillerie unserer Verbündeten und endlich der einschneidende Druck des in unseren U-Booten verdrängten Seeflügels unserer Westfront begründet unsere feste Zuversicht auf einen glücklichen Ausgang der schweren Kämpfe. Die werden uns, so Gott will, durch die schneidenden Schwert der von dem Krieg verblissenen Staatsmännern der Weltmächte noch verwehrt Frieden erzwingen.

#### Offfront und Westfront.

Berlin, 23. März. (Von unserm Berliner Büro.) Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt über den Frieden im Osten unter ihrem offiziellen Schriftzeichen an leitender Stelle: Der Reichstag hat gestern mit großer Mehrheit dem Friedensvertrag mit Rußland und den anderen Verträgen zugestimmt. Wir können diese Tatsache nicht vorübergehen lassen, ohne mit einem kurzen Wort ihre große geschichtliche Bedeutung hervorzuheben. Im Juli 1914 war die Mobilmachung Rußlands der entscheidende Schritt zur Entfesselung des furchtbaren Weltkrieges. Nach nahezu vierjährigem Krieg ist nun das russische Volk als erstes aus der Reihe unserer Feinde ausgeschieden. Der Friede mit Rußland bedeutet für die Gegenwart eine ganz erhebliche Verbesserung unserer militärischen Lage. Seine Wirkungen werden sich in den Kämpfen, die wir auf den übrigen Fronten noch führen müssen, erheblich zu unserem Vorteil fühlbar machen und unsere heldenmütigen Truppen mit erhöhter Siegeszuversicht erfüllen.

Für die Zukunft bedeutet der Friede mit Rußland die Aussicht auf gute wirtschaftliche Beziehungen mit den östlichen Nachbarvölkern, insbesondere auf ein freundschaftliches Zusammenwirken mit den Randstaaten, die ehemals zum russischen Reich gehörten.

Was die blutige Arbeit unseres zur Verteidigung gezeugenen Schwertes begründet hat, soll friedliches Schaffen besiegeln und entwöhnen zur dauernden Wohlfahrt und zur Größe unseres geliebten deutschen Vaterlandes. Mit dieser freudigen Hoffnung verbindet sich in unseren Herzen die Empfindung tiefster Dankbarkeit für alle Volksgenossen, die kämpfend, schaffend und bauend dazu mitgewirkt haben so Großes zu vollbringen, besonders für die gefallenen Helden, die den glücklichen Ausgang der Kämpfe im Osten nicht mehr haben erleben dürfen. Unter der Leitung derselben ruhmreichen Führer, die mit der Befreiung Ostpreußens einst den Grundstein zu dem jetzigen Friedensschluß legten, die das zaristische Rußland ganz in die Verteidigung drängten und es schließlich ganz überwand, tobt jetzt der Entscheidungskampf an der Westfront. Auch er wird ein siegreiches Ende nehmen und uns einen Frieden bringen, der Deutschland würdig ist.

#### Holland ermannt sich.

##### Flammender Protest.

Haag, 22. März. (W.T.B. Nichtamtlich.) In der Zweiten Kammer erklärte der erste Minister Deet van der Linden, daß der Minister des Auswärtigen durch ein leichtes Unwohlsein verhindert sei, in der Zweiten Kammer zu erscheinen, obwohl er heute Morgen in der Ersten Kammer gesprochen habe, betont er, daß die Regierung bestrebt gewesen sei, die vitalen Interessen Hollands zu berücksichtigen. — Ein Ultimatum sei nicht gestellt worden, ebensowenig habe die Regierung unter dem deutschen Druck gehandelt, sie habe sich lediglich durch den Notstand beeinflussen lassen und versucht die beste Lösung zu finden. Jetzt sei das alles vorbei. Es gebe Augenblicke im Leben eines Staatsmannes, in denen er den Gefühlen seines Herzens freien Lauf lassen müsse. Der Minister und das Volk sind einig, ohne Unterschied von Rang, Partei und Religion. Noch nie sind wir so einig gewesen wie jetzt; er hoffe, daß seine Stimme weit über die Grenze gehört werde, wenn er gegen das Unrecht und den Zwang einen flammenden Protest einlege. Andere Selbständigkeit und unser Recht sind uns lieber als das Brot. Wir werden bis an den Bettelstab getreulich daran festhalten. (Lebhafte Beifall und Bravorufe.)

Haag, 22. März. (W.T.B. Nichtamtlich.) In der Ersten Kammer fragte Colijn in der Debatte über die Beschlagnahme der niederländischen Schiffe, was für Schritte die Regierung in der jetzigen Lage zu unternehmen gedenke? Holland sehe sich der größten Rechtsverletzung gegenüber, die es jemals erlebt habe. Er fragte die Regierung, ob sie die Pflicht habe, nochmals vor aller Welt energisch und offiziell zu protestieren. Der Minister des Auswärtigen antwortete, es gewähre der Regierung außerordentliche Befriedigung, daß ihre Entrüstung auch von dieser Kammer geteilt werde. Sie habe sich den Vorwurf ersparen wollen, daß sie nicht alles aufgebieten habe, um das Volk vor großem Unglück zu bewahren. Die niederländische Antwort sei in der Nacht vom Samstag zum Sonntag abgeschickt worden. Die Regierung werde, wenn sie sich wieder vor so eine ernste Frage gestellt sehe, auch mit der Ersten Kammer Fühlung nehmen. Sie werde gegen die geübte Vergewaltigung sofort protestieren. Was sie sonst noch für Schritte tun werde, könne der Minister noch nicht sagen, er werde aber die Generallstaaten ins Vertrauen ziehen. (Beifall.) Sodann trat der Minister gegen die Behauptung in der Proklamation Wilsons auf, daß die niederländischen Schiffe zwecklos und untätig in den Häfen gelegen hätten; daß dies unaufrichtig sei, gehe schon aus den Bestimmungen des vorläufigen Abkommens hervor.

seien regelmäßige Fahrten zwischen den westafrikanischen Häfen und Indien, sowie den englischen und portugiesischen Häfen gemacht worden. Auch für das belgische Hilfskontingent seien Schiffe zur Verfügung gestellt, sobald man sicher war, daß sie nicht von Frankreich festgehalten werden würden.

Haag, 22. März. (B.T.B. Nichtamtlich.) Das Korrespondenz-Büro erfährt: In der ersten Kammer teilte der Minister Landon mit, daß heute morgen er aus dem Gesandten in Washington einen Bericht erhielt, daß die amerikanische Regierung die Beschlagnahme unserer Schiffe beschlossen habe und diesen Beschluß bereits zur Ausführung brachte. — Der genaue Text der Proklamation Wilsons ist dem Minister noch nicht bekannt. Denselben Inhalt von Recht ging man zu der Frage über. Ein energischer Protest der Regierung gegen das Vorgehen wird in beiden Kammern und im ganzen Lande Widerhall finden. Wenn das Volk die Prüfungen, die unabweisbar die Folgen dieses Ereignisses sein werden, überstanden haben wird, wird es der Regierung nicht vorwerfen können, daß sie nicht alles tat, dem Volke diese Prüfung zu ersparen. Verschiedene Redner schloßen sich dem Proteste der Regierung an.

Studenten-Demonstrationen gegen die Entente.

n. Köln, 23. März. (Brio-Tel.) Die „Kölnische Volkszeitung“ meldet aus Amsterdam: Das Korrespondenzbüro meldet aus dem Haag, daß am 21. März Vorkriegs-Studenten gegen 9 Uhr abends bei der amerikanischen Botschaft anlangten und diesen, von Gesandten sprechen zu hören. Es wurde ihnen mitgeteilt, daß der Gesandte abwesend sei. Darauf sangen sie vor der Botschaft patriotische Lieder. Nach einiger Zeit zerstreuten sie sich in den Straßen. Volkstäter sangen. Der Befehl der Polizei haben sie entbunden. Hauptes patriotische Lieder gesungen. Dann gegen sie wieder durch die Straßen. Auf dem Binnenhof begegnete sie dem Minister Ley, der eben das Kammergebäude verließ. Sie traten ihm eine Ovation dar. Der Bitte, ihm vor seiner Wohnung kuldigen zu können, konnte der Minister nicht entsprechen.

Die Botschaft des Präsidenten.

Washington, 22. März. (B.T.B. Nichtamtlich.) Mitteilung des amerikanischen Botschafters. Ein heute veröffentlichter Brief des Präsidenten der Vereinigten Staaten enthält das Korrespondenzbüro, die Schiffe aus dem niederländischen Schiffsregister in den amerikanischen Territorialgewässern zum Gebrauch während des Krieges zu übernehmen und alle diejenigen Schiffe zu benutzen, die für wichtige Zwecke im Kampf gegen Deutschland notwendig sind. Den Schiffseigentümern soll durch das Korrespondenzbüro der Vereinigten Staaten in Vereinbarung mit den Gesandten des Völkerrechts die volle Entschädigung geleistet werden. Die Schiffe sollen durch die Admiralität oder durch das amerikanische Schiffsamt so bemannet, ausgerüstet und verwahrt werden, wie es gesetzlich ist. In Verbindung mit der Übernahme dieser Schiffe erläßt Präsident Wilson folgende Verlautbarung:

Seit einigen Monaten haben die Vereinigten Staaten und die Alliierten der Entente mit der niederländischen Regierung Verhandlungen geführt, um ein allgemeines Handelsabkommen zu schließen. Der niederländische Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat am 12. März im niederländischen Parlament einen sehr klaren Bericht über den Charakter dieser Verhandlungen gegeben. Wie aus diesem hervorgeht, bezog sich die Verhandlung auf der Grundlage anderer grundlegender Vorschläge. Es sollten nämlich die Vereinigten Staaten und die Alliierten die Einfuhr von Lebensmitteln und anderen für die Aufrechterhaltung des niederländischen Wirtschaftslebens erforderlichen Waren nach den Niederlanden erleichtern. Außerdem sollten die Niederlande ihre Handelsflotte der gemeinsamen Tätigkeit zurückgeben. Es war Aufgabe der Verhandlungen, eine besondere Anwendung der Vorschläge auszuarbeiten, die für die beteiligten Regierungen annehmbar sein würden. Anfang Januar 1915 gelangten die Unterhändler zu einer Verständigung, die in einem vorläufigen Abkommen zum Ausdruck gebracht wurde, das den beteiligten Regierungen unterbreitet wurde zu dem Zweck, es, falls es annehmbar sei, zu ratifizieren und andererseits einen Gegenvorschlag zu machen. Die Verhandlungen gegen sich in die Länge. Die niederländischen Delegierten machten Vorschläge in dem Sinne, daß ihre Schiffe gegen Beschädigung in Dienst genommen werden sollten, und daß der in den amerikanischen Gewässern verbleibende niederländische Schiffsraum mit gewissen Ausnahmen am weitesten von den Vereinigten Staaten für Zeitraume, die neunzig Tage nicht überschreiten würden, geschont werden sollten. Dieser Vorschlag wurde von der Regierung der Vereinigten Staaten angenommen. Am 25. Januar 1915 überreichte der niederländische Gesandte in Washington dem Staatssekretär der Vereinigten Staaten eine Note, die die Bedingungen des Abkommens über die zeitweilige Übertragung und deren Annahme durch seine Regierung enthielt. Das Abkommen sah u. a. vor, daß 150 000 Tonnen niederländischer Schiffsraum nach Belieben der Vereinigten Staaten teils in Dienste des belgischen Hilfsverkehrs, teils für die Schwere unter anderem Geleitzug nach Weste in Frankreich verwendet werden sollten, und daß für jedes nach Holland im Dienste des belgischen Hilfsverkehrs entsandene Schiff ein entsprechendes Schiff aus Holland nach den Vereinigten Staaten gehen sollte.

Zwei niederländische Schiffe, die mit Ladungen von Lebensmitteln in amerikanischen Häfen liegen, sollten nach Holland gehen und der entsprechende Schiffsraum für dessen von Holland nach den Vereinigten Staaten geschickt werden, um wie die anderen niederländischen Schiffe in den amerikanischen Häfen gedockt zu werden. Das Abkommen hatte einen ausgeprochen vorübergehenden Charakter, und da es auf die Lage des Augenblicks zugeschnitten war, so war seine schnelle Ausführung wesentlich. Die niederländische Regierung ließ sofort durchblicken, daß sie diese Charaktervereinbarung, die sie selbst vorge schlagen hätte, nicht ausführen könnte oder wollte. Der Wille der Vereinigten Staaten war, wie es das Abkommen zum Ausdruck brachte, sich sofort Schiffsraum zu sichern, um nach der Schwere Lebensmittel zu versetzen, deren sie sehr bedurfte. Man machte eine Schwierigkeit nach der anderen um das Chartern niederländischer Schiffe zur Beförderung der Schwere hinauszuverschieben. Der Grund den die Holländer zwar nie ausgesprochen, den man aber kannte, war, daß die Holländer Redere fürchteten, daß ihre letzten Schiffe von deutschen U-Booten zerstört werden würden, obwohl es sich um eine Last der Verantwortung handelte, und obwohl sie kein von der deutschen Regierung proklamiertes Sperrgebiet zu durchfahren hätten. Daß diese Furcht nicht völlig unbegründet war, hat sich bedauerlicherweise gezeigt, da die deutsche Regierung kürzlich das spanische Schiff „Sardinien“ außerhalb des Sperrgebietes versenken ließ, da es eine Ladung Getreide für die Schweiz führte und nachdem der Kommandant des U-Bootes durch Beschädigung dieses Schiffes diese Ladung feststellen konnte.

Washington, 22. März. (B.T.B. Nichtamtlich.) Neuter. Die Kapitäne der gestern beschlagnahmten niederländischen Schiffe haben allgemein dieselbe Art des Vorgehens verfolgt. Sie haben die Offiziere, die die Beschlagnahme vornahmen, auf ihren Eintrag in das Logbuch aufmerksam gemacht, daß sie den Befehl über ihr Schiff unter Protest aufgeben würden. Die Beschlagnahme der Schiffe ging ohne Störung vor sich.

Die niederländischen Schiffe in den Entente-Häfen.

r. Von der Inselvrijden Oerme, 23. März. (Brio-Tel. g. R.) Die „Times“ meldet: In amerikanischen Häfen liegen jetzt 71, in englischen Häfen 30 und in französischen Häfen 28 niederländische Schiffe.

Der Einbruch in Schweden.

Stockholm, 22. März. (B.T.B. Nichtamtlich.) Die Bergewallung Schwedens durch die Entente macht in der schwedischen Presse großen Eindruck. „Svenska Dagbladet“ schreibt: Während

der niederländischen Regierung von der Entente der Revozier von die Seite gesteuert wird, um sie zu Jugendschiffen zu zwingen, die den schärfsten Widerspruch bei den Generalstaaten erweckten, genügen auch diese Jugendschiffe noch nicht, um das Land vor der gewalttätigen Entente durch die Entente zu schützen. Da man Holland durch Exproprierung nicht zur willkommnen Aufgabe seiner Schiffe zwingen konnte, folgt Cecilia „Sozialdemokraten“ sagt: Die Drohung ist somit zur Wirklichkeit geworden. Niemand kann sich verhehlen, daß dies ein schwerer Schlag für die ganze neurale Welt bedeutet und die Aussicht für die kleinen Staaten verringert, unter Beibehaltung ihrer Selbständigkeit sich durch immer härteren Gefährdungen der Neutralität durchzusetzen.

n. Adis, 23. März. (Brio-Tel.) Die „Adinische Zeitung“ meldet aus Amsterdam: Aus Rotterdam wird gemeldet: Die amerikanische Regierung wird die gestern in Beschlag genommenen niederländischen Schiffe bewaffnen und sie so schnell als möglich in den transatlantischen Dienst nehmen, in der Hauptache, um Lebensmittel zu beschaffen nach den Verbandsstaaten, obwohl auch die Absicht besteht, sie zu Truppentransporten zu gebrauchen, wenn sie dazu besser geeignet sind.

Berlin, 23. März. (Brio-Tel.) Der Berliner Vokal-Anzeiger meldet aus Rotterdam: Der Neuen Rotterdamsche Courant meldet aus Aresien der niederländischen Reeder: Die Alliierten vergüten für die Benutzung der niederländischen Schiffe 40 Schilling monatlich für die Tonne, während die englischen Reeder bloß 12 Schilling für die Tonne erhalten. Für den Verlust an Schiffen werden 1250 Dollars für die Tonne vergütet.

Die Verhandlungen mit Rumänien.

Bukarest, 22. März. (B.T.B. Nichtamtlich.) Der Minister des Aeußern Arion äußerte sich über seine Aufgaben wie folgt: Ich prüfe alle von den Mittelmächten gemachten Vorschläge politischer, wirtschaftlicher und finanzieller Natur, um den Vorlieben zu einem endgültigen zu machen. Ich hoffe, daß es gelingen wird, zu einem für Rumänien annehmbaren ehrenhaften Frieden zu gelangen, der keine Verminderung der Lebensfräule des Landes darstellt.

In der inneren Politik stehen wir vor sozialen Fragen, deren Lösung im Geiste vollständigen Einvernehmens und Vertrauens zu den verschiedenen Klassen der Bevölkerung erfolgen muß.

Bukarest, 22. März. (B.T.B. Nichtamtlich.) Jaffier Zeitungen melden, daß das rumänische Parlament aufgelöst werde und Neuwahlen ausgeschrieben werden.

Bukarest, 22. März. (B.T.B. Nichtamtlich.) General Averescu wird mit dem 1. April in die Reserve treten.

Bukarest, 22. März. (B.T.B. Nichtamtlich.) Zu Vertretern für die Verhandlungen sind auf rumänischer Seite der Minister des Aeußern Arion, General Lugescu und Oberst Mircescu ernannt worden.

Die Annahme der östlichen Friedensverträge.

Berlin, 23. März.

(Von unserem Berliner Büro.)

Aller Augen blicken nach dem Westen. Aller Herzen schlagen ungestüm. Wer fragt da noch nach dem Reichstag? Ob er nicht wertlos und schleunigst seine Arbeiten abschließen sollte? Nicht wenige Mitglieder des Hauses sind dieser Ansicht gewesen: aber es ist ihnen nicht gelungen, die andern dafür zu gewinnen. Es gab so viele der besonderen Wünsche und Bedenken, die nach erneuter öffentlicher Bekundung drängen. Bis zu einem gewissen Grade trägt immerhin der Reichstag dem Willen des Kriegsgottes Rechnung: die Reden sind meist kurz, man kommt schnell vorwärts. Ein Aufstakt, aus dem deutliches Empfinden und deutsche Zuversicht herausfliegen, wird in der Erklärung des Kriegsministers begriffen, daß der Jahrgang 1899 im April entlassen werden soll. Dann bewilligt man die neuen 15 Milliarden für die Weiterführung des Krieges im Westen. Herr Chert geht zu, daß der Kampf unvermeidlich sei, weil die Gegner alle Friedensvorschläge abgelehnt haben. Darum stimmen die Sozialdemokraten für den Kriegskredit. Allein die Unabhängigen sind dagegen und lassen ihren Herrn Bernke in eine langweilige Rede halten. Man hört ihm kaum zu, stimmt schnell ab und erledigt gleich die Forderung für das Dienstgebäude der Schuldverwaltung, sowie die Vorträge über die Erhöhung der Gerichtskosten und Anwaltsgebühren. So sieht das Haus nach knapp zwei Stunden vor den Friedensverträgen mit Rußland und Finnland. Der Ausschuss hat seine drei Entschlüsse über die Auslast-Bürgschaft, das Schiedsgerichtsverfahren und den internationalen Arbeiterschutz vorgelegt, die Reichstagspartei eine über das Selbstbestimmungsrecht der Randvölker. Die Nationalliberalen fordern baldige Entschlüsse für Liv- und Estland, die Konservativen für die künftigen Friedensschlüsse: Kriegsentwidigungen. Das sind also in der Theorie ganz erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Aber die Praxis macht duldbarer und der Kampf ist weder lang, noch schmerzvoll. Die Sozialdemokraten wollen, wie Herr Scheidemann kurz erklärte, weder ja sagen, weil es ein „Gewaltfrieden“ sei, noch nein, weil das ein Friede ist. Sie enthalten sich also der Abstimmung. Herr Gröber verteidigt den Trostfrieden für die Auffassung der Wehrheit, daß dabei immer noch ein Selbstbestimmungsrecht für die Randvölker übrigbleibe. Dem zustimmen beistimmt sich der Vizelfanzler von Pauer. Er teilte auch mit, daß die litauische Abordnung, die heute kommen sollte, erst morgen kommen wird. Der konservative Abgeordnete und Verwaltungschef für Rußland von Köppler sieht in der Reichstagsentscheidung eine Zurückstellung der deutschen Interessen und ighat sie ab. Dem Radikalsocialisten Haase, der seine Wut über die Niederlage von Riederbarnim hier ausstößt, antwortete Dr. Stresemann fest und klar. Auch die traurige Gewohnheit der Unabhängigen, stets das Ausland vor das Vaterland zu stellen, geißelt er unter lautem Beifall des Hauses. Als nun noch der Fortschrittler Haas, der Vorlicht und Zurückhaltung gegenüber den Randstaaten predigt und Herr von Camp den Polen sein Mißtrauen ausgesprochen hat, ist eigentlich die Zeit für den Schluß gekommen. Aber die Brüder von der äußersten Linken haben sich ineinander verbeissen: Dr. David spricht und Herr Haase schimpft. Die Aussprache, die großzügig begann, endet mit einem Satzspiel, oder, wie Herr Scheidemann unter dem drohenden Beifall der Wehrheit feststellt, mit einer Rahhölzerei, die des großen Augenblickes höchst unwürdig ist. Dazwischen schiebt sich auch Graf Westarp noch zu einer Rede bewogen. Trotzdem: erst nach 7 Uhr ist die Debatte zu Ende. Die Friedensverträge mit Rußland und Finnland, die Entschlüsse des Ausschusses und der Reichstags werden angenommen.

Rum bleibt nur noch als Rest der Abklärung der Daimler-Debatte, der auf die erste Sitzung nach den Osterferien verschoben wird.

Deutscher Reichstag.

Sitzungsbericht.

(Schluß.)

Abg. von Köppler (Kons.):

Wir stimmen den Friedensverträgen zu. Auch den Entschlüssen des Hauptausschusses stimmen wir zu, nicht aber der Sozialdemokraten, da sie die Interessen der Randvölker denen des Deutschen Reiches voranstellen.

Abg. Haase (Unabh. Soz.):

Wir werden angehts dieser Friedensverträge von dem Gefühl der Schande berichtet, (Große Unruhe), da unsere Randvölker ein rechtsloser Schwertzuck aufgezungen sind. Die Reichstagspartei hat statt angeht. Der Friede ist aber nur ein Waffenstillstand mit neuen schweren Rückungen. Die Vertreter der Randvölker sind keine Volksvertretungen. Innerlich fühlen sich die Russen zu Rußland gezogen.

Abg. Dr. Stresemann (Kons.):

Unsere Zustimmung zu den Verträgen ist bereits erklärt worden. Als der Voranschlag in das Parlament begann, wurden die belgischen Barone für vogelfrei erklärt. Abg. Haase erklärt die Russen nun auch für vogelfrei. Wenn Sie sich erdreisten, in solchen Ausdrücken von unseren Brüdern zu sprechen, (große Unruhe), so ist das unerhörte (lebhaftes Zustimmung; Lärm). Es ist unmehr, wenn Sie behaupten, die ganze Zuneigung der Russen zu Deutschland beruht auf materieller Grundlage. Den Entschlüssen des Ausschusses stimmen wir zu. Estland und Livland müssen ebenfalls das Selbstbestimmungsrecht erhalten und wir müssen ihnen beistimmen, sich an Rußland anzuschließen.

Abg. Haas-Karlsruhe (F. So.):

Abg. Haase hat sich hier zum Sprecher der russischen Imperialisten gemacht. Angehts der Entschlüsse des Hauptausschusses kann man nicht mehr von einem Annerkennungssprechen. Im Interesse unserer deutschen Zukunft lehnen wir jede Gewaltpolitik ab, weil wir Ruhe und Frieden haben wollen. Die Entschlüsse fördern die Freiheit der Randstaaten und daraus kann nur Gutes für Deutschland entstehen. Der konservative Antrag dürfte doch nur agitatorisch wirken. Wir wollen die bessere Fürsorge für die Kriegsschädigten und Hinterbliebenen herbeiführen auch ohne Kriegsschädigten. Wir werden es auch durch unsere Arbeit und durch angemessene Steuern schaffen. Den Friedensverträgen stimmen wir lebhaftest zu und hoffen, daß wir auch bald zum Frieden im Westen kommen.

Abg. Freiherr von Camp (F. So.):

Die Forderung einer Kriegsschädigten ist für die Folge unerlässlich. Den Polen gegenüber ist zwei Kriegsschädigten nicht angemessen.

Abg. Dr. David (Soz.):

Den Entschlüssen, mit Ausnahme der konservativen, stimmen wir zu. Die Kriegsschädigtenfürsorge und Hinterbliebenenversorgung ist eine Ehrenschuld, die auch ohne Kriegsschädigten erfüllt werden muß. Der konservative Antrag ist nichts als eine Aufforderung an die Regierung, den Krieg fortzusetzen, bis die Feinde völlig niedergeworfen worden sind.

Die nationalliberale Entschlüsse der Vertretung Estlands und Livlands eine breitere Grundlage zu geben, ist keine Ergänzung der Reichstagsentschlüsse, sondern ein weitgehender neuer Antrag. Wir lehnen ihn ab. Im Zustande kommen des Friedens haben wir keine Kritik geübt, aber den Friedensvertrag abzulehnen, nicht die Ermächtigung zur Übertragung der Waffen zu geben. Der Friede mit der Ukraine ist von der dortigen sozialdemokratischen Regierung freudig aufgenommen worden, trotzdem hat ihn Herr Haase abgelehnt. (Hört, hört!) Wir hoffen, daß die Regierung die Politik unserer Entschlüsse im Osten durchsetzen wird. Er hat es fertig gebracht, angehts des Anstalts der Wahl in Riederbarnim vom Zusammenbruch der Politik der Reichstagssozialdemokraten zu sprechen.

Abg. Haase (Unabh. Soz.): Eine Ablehnung des Friedensvertrages würde nicht Fortsetzung des Krieges bedeuten, sondern einen Frieden herbeiführen um Heil der russischen Völker (hier, hört rechts) und unseres eigenen Volkes. Haase polemisiert schließlich lebhaft gegen die sozialdemokratische Mehrheit.

Abg. Scheidemann (Soz.):

Die Art und Weise, wie Abg. Haase die Debatte zur Kabalgerei ausarten läßt, ist meiner ganzen Fraktion zuwider. (Lebhaftes Zustimmung.)

Abg. Ledebour und Haase melden sich zum Wort. Schlußruf.

Abg. Graf Westarp (Kons.):

Wenn das Volk veranlagt, kann auch die höchste Ehrenschuld nicht eingelöst werden. Wir bekommen keinen Frieden, bevor die Feinde den Frieden suchen müssen, und dann können wir auch verlangen, was wir brauchen, um den Haat an unsere Krieger in Taten leisten zu können.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Riederbarnim ist erst durch Dr. David in die Debatte geworden. Dieser Vertrag bleibt eine Schande für Deutschland. (Vizepräsident Dr. Haase ruft den Redner zur Ordnung.)

Damit schließt die Aussprache. Abg. Müller-Meltingen beantragt, die eingebrachten Entschlüsse an die Kommission zurückzuverweisen. Das Haus beschließt entsprechend.

Unterstaatssekretär von dem Busche erklärt schließlich, daß Estland und Livland nach der staatlichen Oberhoheit Rußlands unterstehen.

Die Verträge werden in zweiter Lesung angenommen. Ebenso die Entschlüsse des Ausschusses. Die Friedensverträge werden endgültig angenommen.

Darauf wird oertragt. Vizepräsident Haase: Schwere, aber auch erfolgreiche Arbeit liegt hinter uns. Wir können uns nicht trennen, ohne unserem Heer und seinen Führern unseren Dank auszusprechen. In der Weltfront sind schwere Kämpfe entbrannt. (Die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen.) Das ganze deutsche Volk ist erfüllt von der Schwere der Entscheidungssunde, aber auch von dem stolzen Bewußtsein des letzten Vertrauens zu unseren Heerführern, daß das, was begonnen ist, wohl vorbereitet ist, und zum guten Ziel führen wird. (Beifälliger Beifall.) Wir wollen auszuhandeln mit dem Feinde, daß wir, wenn wir wieder zusammenkommen, einem siegreichen Frieden näher gekommen sind, ohne daß es allzu große Opfer gekostet hat.

Nächste Sitzung Dienstag, 16. April, nachmittags 2 Uhr. Anfragen, Fall Daimler, Postetat. Schluß 18 Uhr.

Badischer Landtag.

Erste Kammer. — 12. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 22. März.

Präsident Prinz Rag von Baden eröffnete nach 3/4 Uhr die Sitzung. Das Haus trat in die Tagesordnung ein, die Beratung über den Staatsvoranschlag, und zwar den Voranschlag der Eisenbahnaufwandsauslastung.

Geh. Hofrat Dr. v. Deichhäuser erläuterte für den Haushaltsauschuss den Bericht. Der Voranschlag wurde ohne Ausspruch angenommen. Freiherr v. Gemmingen berichtete für den Haushaltsauschuss über den Voranschlag des Budgetwerks. Der Voranschlag wurde angenommen.

Präsident Dr. Glöckner berichtete für die Kommission für Besitz und Verwaltung über den Gesetzentwurf, betreffend die Gebaltsordnung. Der Gesetzentwurf wurde angenommen.

Birkh. Geh. Rat Dr. Bürtlin berichtete über den Gesetzentwurf, die Feststellung des Staatsanwaltes für die Jahre 1918 und 1919. (Finanzgesetz) über. Danach besprach der Berichterstatter die Finanzlage des Landes, die, wie der Finanzminister in der Zweiten Kammer bereits festgestellt, gut ist. Die schwebende Schuld beträgt heute 131 Millionen Mark. Diese Schuld rührt hauptsächlich daher, daß wir für das Reich Kriegsanleihen vorzuschließen zu haben haben. Von dem Reiche haben wir dafür 129 Millionen zu fordern. Den Gemeinden werden so monatlich 7 Millionen Mark an Zinsen erspart. Der gute Anteil am Gebiete der direkten Steuern steht ein Ausfall auf dem Gebiete der indirekten Steuern gegenüber. Die Einkommensteuervorschläge werden wir auch für die beiden kommenden Jahre beibehalten. Etwas bestimmtes über die Finanzlage in den nächsten zwei Jahren ist nicht zu sagen. Der Redner besprach nun die Verhältnisse der Reichs- und Landesfinanzen und sagte weiter: Ein Steuerprogramm, wie die Steuern zu beschaffen sind, liegt noch nicht vor. Was hat von einer Weinsteuern gesprochen. Hier möchte ich nur hervorheben, daß es falsch wäre, wenn man die jetzigen hohen Weinpreise als Maßstab für die Ertragsgröße der Weinsteuern nehmen würde. Diese Weinpreise sind nur vorübergehend so hoch. Die Regierung sollte dahin wirken, daß eine Steuer nicht nur am Binger hängen bleibt. Die Weinsteuern werden nur ein kleines Bündeln am Steuerstrauch sein.

Was der Finanzminister über die Steuerprojekte in der Zweiten Kammer gesagt hat, unterschreibe ich Wort für Wort. Der Finanzminister hat dort gesagt, daß wir nicht zu verzagen brauchen, auch wenn uns eine Kriegsschuldung nicht zuteil wird. Ich habe mich gefreut über diesen Optimismus, denn er entspringt einem Vertrauen. Im Ausschusse ist es bedauert worden, daß der Vermögenszuwachs gleichmäßig besteuert wird. Was der Finanzminister gesagt hat über Steuerwilligkeit, Sparsamkeit und Arbeitsfreudigkeit, findet ebenfalls meine Zustimmung. Da darf man aber nicht die Arbeitswilligkeit beschränken. Ganz werden wir uns die Monopole nicht heruntersuchen, aber ihrer dürfen nicht zu viel kommen. Der Eigenbetrieb muß der Sache unseres Wirtschaftslebens sein. Darum sobald als möglich heraus aus der Finanznot der Kriegswirtschaft!

Aus dem Osten ist die Friedenssonne aufgegangen und wir hoffen, daß sie mit ihren Strahlen auch den Westen und den Süden erwärmt. Hoffentlich bringt sie uns auch in wirtschaftlicher Beziehung eine volle Ernte. Dann werden uns erträglichere Voranschläge vorgelegt werden, als der gegenwärtige. Namens des Ausschusses bitte ich um Annahme des Gesetzes.

Finanzminister Dr. Rheinbold erklärte, an dem Vertrauen festzuhalten, das er in seiner Finanzrede in der Zweiten Kammer ausgesprochen habe. Dieses Vertrauen habe er nicht nur für Baden, sondern auch für das Reich.

Das Finanzgesetz wurde dann einstimmig angenommen. Das Haus vertagte sich darauf auf Mittw. April. Schluß der Sitzung 5 Uhr.

**Eine Regierungserklärung zur Jugendpflege.**

Am 23. März. Die Schulkommission der Zweiten Kammer geht gestern die Beratung über das Fortbildungsgesetz fort. Dabei wurden die Jugendpflege, Ausdehnung der Unterrichtsstunden, Berücksichtigung des hohen Alters während der Sommermonate und Befreiung der Schülerzahl eingehend erörtert. Allgemein begrüßt wurde, daß der Unterricht an Werktagen stattfinden müsse; daß dadurch kein Verlust der Schüler entstehen darf, wurde allgemein erwartet. Die Jugendpflege soll mit der Fortbildungsschule nicht verwechselt, sondern den freien Jugendvereinigungen überlassen bleiben. Von der Sozialdemokratie wurde verlangt, man möge den Vereinen volle Freiheit geben und in den Jugendvereinigungen mitzuwirken und ihnen keine Hindernisse in den Weg legen bezüglich der politischen Richtung, welcher die Jugendvereinigungen nahe steht oder von der sie gegründet wurde. Hierzu erklärte Minister Dr. Hübsch: Wenn ein Verein, welcher der Sozialdemokratie nahe steht, oder von ihr gegründet ist, sachlich sich nur mit der Jugendpflege befaßt und keine politischen Ziele verfolgt, ähnlich wie die Gewerkschaften die Jugendpflege betreiben, so ist die Unterstützung durch die Regierung regierungsseitig nicht entgegen. Mit der „Freien Turnerschaft“ habe man gute Erfahrungen gemacht, so daß sich in der von der Sozialdemokratie gewünschten Weise solche eine Verbindung ergeben lasse.

**Die Volksernährung.**

Die Selbstversorgung der südlichen Bevölkerung in der Ernährung gleichgestellt.

Berlin, 22. März. (Mitt. Nichtamtlich.) Der Bundesrat setzte durch eine Verordnung vom 21. März (Reichsgesetzblatt S. 131) die Mengen Brotgetreide, die die Selbstversorger zur Ernährung verwenden dürfen, für den Kopf auf 6 1/2 Kilogramm, während sie bisher 8 1/2 Kilogramm betragen, entsprechen sie nunmehr der der versorgungsberechtigten Bevölkerung für den Kopf zuzurechnenden Menge. Die zuständigen Stellen waren sich bei dem Erlass der Maßnahme bewußt, daß sie der landwirtschaftlichen Bevölkerung ein schweres Opfer auferlegt, sie war aber unbedingt notwendig, um die Reichsgetreidebestände in den Besitz genügender Getreidemengen zu bringen, um die Gesamtbevölkerung aus den Borräten der alten Ernte bis zum Eingang genügender Zufuhren aus den besetzten Gebieten und aus der Ukraine sowie bis zum Einsetzen des Frühfrühlings zu versorgen.

**Aus dem Mannheimer Kunstleben.**  
**Konzert Hildebrand — Lindemann.**

Die Breslauer Konzertsängerin Elise Hildebrand, die sich bereits im November in einem Wiederabend hier vorstellte, besitzt eine von Natur keine, aber ansprechende Stimme, die wohl durch entsprechende gefangenschaftliche Schulung an Kraft und Tragfähigkeit gewinnen konnte. Wir fanden damals die Künstlerin nach Stimme und Individualität vorzugsweise für Gesänge hindlich-nativen, scherzhaft-heligen Inhalts geeignet. Gestern erschien Frau Hildebrand mit dem trefflichen Berliner Begleiter Art. Lindemann und einer Vortragsfolge, die sich ausschließlich auf das Gebiet des Volks- und Kinderliedes beschränkte. Die Wahl ist natürlich immer Sache des persönlichen Geschmacks, und gar mancher Kenner der einschlägigen Literatur hätte vielleicht anstelle des einen oder anderen Liedes eines der reizenden Kinderlieder Carl Reinolds' oder Altshofers gehört. Die engbegrenzte Stimme bedingte natürlich auch diesmal nur wenige Ausdrucksmöglichkeiten, aber die Dame singt immerhin mit gutem Geschmak, mit Rhythmus und einschließendem Verständnis für die Natur solcher Aufgaben. Besonders bewies sie dies in dem „Spinnliedchen“, dem schlicht und launig gegebenen „Minnelied“ (in der Bearbeitung H. Reimanns), aber auch von dem fast am bekanntesten „Hans und Bebel“ von F. v. Boona. Auf Max Regers' und Schuberts' „Kinderlieder“, wie die Volkslieder von Brahms und Mahler mußte ich leider infolge anderweitiger Verpflichtungen verzichten.

Als feinsinnigster Begleiter bemühte sich auch diesmal (wie in dem Wiederabend von W. Hagemann) Herr Fr. Lindemann. Er spendete als selbständige Gabe Schumanns „Karnaval“ und erfreute auch hier durch technische Subtilität, rhythmische Präzision und Rhythmus, wenn auch die Differenzierung eine feinere hätte sein dürfen. Das Konzert war schon besetzt.

**Hochschule für Musik.**

Das letzte dritte Vortragsabend wurde ausschließlich von Kurt Weinreich bestritten, der seine Studien einst bei Herrn Wolff begann und bei Professor Reiberg fortsetzt. Bereits im letzten Herbst übernahm die entscheidende hochbegabte Schülerin der Wiederkehr von Schumanns op. 81 und Liszts II. Abend durch bemerkenswerte technische und musikalische Reife. Diesmal war ihm in der selbständigen Durchführung eines ganzen Programms eine formale Konzertaufgabe gestellt, die nicht nur ein musisches, sondern auch geistiges Ansehen, sondern vor

wendig, um die Reichsgetreidebestände in den Besitz genügender Getreidemengen zu bringen, um die Gesamtbevölkerung aus den Borräten der alten Ernte bis zum Eingang genügender Zufuhren aus den besetzten Gebieten und aus der Ukraine sowie bis zum Einsetzen des Frühfrühlings zu versorgen.

Die Maßnahme wird als eine vorübergehende gebacht. Erfüllen sich die Hoffnungen auf genügende Zufuhren, so wird die Wiederherstellung der bisher geltenden Selbstversorgung von 8 1/2 Kilogramm erfolgen. Damit eine derartige Wiederherstellung, wenn die Borräte es gestatten, unverzüglich vorgenommen werden kann, wurde die Maßnahme des Reichsanwaltes dem Staatssekretär zur selbständigen Anordnung überlassen. Um zu vermeiden, daß die schwerarbeitenden Landwirte gegenüber den südlichen Schwerarbeitern durch Herabsetzung der Selbstversorgung zurückgesetzt werden, traf die Reichsgetreidebestelle die Vorsorge, daß die schwerarbeitende Landbevölkerung während der Bestelzeit und während der Ernte Zulagen gewährt werden können. Hervorgehoben sei, daß diejenige Menge, die die Landwirte auf Grund der neuen Verordnung abliefern, ihnen zu den vor dem 1. März 1918 geltenden vollen Höchstpreisen bezahlt wird, da sie infolge selbstständig kein Verschulden wegen der verspäteten Ablieferung trifft.

**Letzte Meldungen.**

**Der angebliche Kronrat am 5. Juli 1914.**

Berlin, 22. März. (Mitt. Nichtamtlich.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unter dem Titel: „Entstellungen und Fälschungen“: Einige Zeitungen drucken einen Brief des Dr. Wählon an einen unbekannten Empfänger ab, der fälschlich im Hauptausdruck von dem Stellvertreter des Reichsanwaltes als „die Anfechtung eines kranken Gemütes“ charakterisiert wurde. Wir sind dadurch genötigt, auf diese Angelegenheit zurückzukommen.

Aus den schriftlichen Äußerungen der beiden Herren, auf deren angebliche Mitteilungen Wählon seine Darlegung stützt, ergibt sich als tatsächlicher Sachverhalt folgendes: Wählon, damals Mitglied des Direktoriums der Firma Friedrich Krupp A.-G., hatte im Juli 1914 eine Besprechung mit Dr. Helfferich, der damals Direktor der Deutschen Bank war, worin dieser mitteilte, daß die Deutsche Bank sich genötigt sehe, einige große Geschäfte, wozu er sich mit der Firma Krupp seit längerem in Unterhandlungen stehe, angesichts der infolge des Krieges in Serajewo bedrohlich gewordenen politischen Lage bilatorisch zu behandeln.

Ebenso sprach Krupp von Bohlen-Halbach Anfang Juli zu Mitgliedern seines Direktoriums, die für die Versorgung der Firma mit Rohstoffen und Lebensmitteln zuständig waren, sich dahin aus, er halte nach der Ermordung des Thronfolgerpaars die ganze politische Lage doch für ernst genug, daß ihm geboten erscheine, Vorsorge für alle Fälle zu treffen. Die Erzählungen vom Inhalt in seinem Brief diesen Sachverhalt ausschließt, und deren Tendenz dahingehet, Deutschland die Schuld am Kriegsausbruch zuzuschreiben, werden sowohl von Helfferich als auch von Krupp von Bohlen-Halbach als unzutreffend und phantastisch zurückgewiesen. Der Stellvertreter des Reichsanwaltes führte im Hauptausdruck des Reichstags aus, daß die Erzählungen der Behauptungen der beiden Herren, soweit sie objektiv kontrollierbar seien, ergäben, daß die behaupteten Äußerungen nicht getroffen sein könnten, da sie mit den Tatsachen in unabweisbarem Widerspruch ständen. Zur Sache selbst stellen wir folgendes fest:

1. Ueber den angeblichen Kriegs- oder Kronrat oder Konferenz unter dem Vorsitz des Kaisers und unter der Beteiligung österreichisch-ungarischer Vertreter am Sonntag, 5. Juli 1914, scheinen schon vor Kriegsausbruch Gerüchte im Umlauf gewesen zu sein. Die Gerüchte endeten der Begründung. Weder am 3. Juli, noch an einem anderen Tage in jener Zeit hat ein solcher Rat stattgefunden.

2. Die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn über die durch den Nord von Serajewo geschaffene schwierige Lage wurden ausschließlich vom Reichsanwalt und dem zuständigen Amt geführt. Die verfassungsmäßig zustehenden Anstalten tragen für den Gang dieser Verhandlungen formell und materiell allein die Verantwortung.

3. Die Politik der kaiserlichen Regierung war im vollen Einklang mit den Intentionen des Kaisers von Anfang an auf die Erhaltung des Friedens gerichtet. Allerdings konnte und durfte der Friede nicht durch die Preisgabe des verbündeten Oesterreich-Ungarns erkauft werden. In der Ueberzeugung, daß Arbeit und Offenheit in verwickelten Lagen die beste Politik ist, ließ die kaiserliche Regierung hierüber nach keiner Seite Zweifel aufkommen.

4. Ebensovienig ließ die kaiserliche Regierung speziell die russische Regierung darüber im Unklaren, daß die russische Mobilmachung nicht nur die sofortige deutsche Mobilmachung, sondern aus zwingenden Gründen den Krieg bedeute.

5. Innerhalb dieser durch die Bündnispflicht und der Selbstverteidigung gebotenen Grenzen geschah, wie oft genug dargelegt wurde, vom Kaiser und seiner Regierung bis zum letzten Augenblick das Menschensmöglichste, die Katastrophe abzuwehren. Wo die an dem Waidrand Schuldigen lagen, erwies der Suchmaschinen-Prozess auch für Zweifel, denen die deutschen Auslagen und Dokumente nicht genügen, unumkürlich.

allen auch Verständnis für die einzelnen Stilgattungen erheischt. Die Vortragsfolge begann mit H. S. Bachs „Capriccio“ über die Kreuze seines lieben Bruders“, jenem Stück älterer, von Herzog und nicht später zum Stilprinzip erhabenen Programms, und führte dann zu Beethovens („Waldstein-Sonate“), R. Schumann („Kreisleriana“) und Fr. Chopin („Polonaise op. 22 mit dem nachkomponierten Andante Spinto“). Dazwischen fanden zwei kleinere Stücke, „Singende Fontäne“ und „Impromptu von Walter Niemann. Soweit ich der Erinnerung anzuohnen konnte, wurde der früher genommene Eindruck doll und ganz besetzt: daß wir in Curt Weindreich eine echte Pianistenbegabung besitzen. Es spielte die „Kreisleriana“ mit viel Verständnis, die musikalisch nicht allzubaholdenden Stücke Niemanns mit perfekter Passagenarbeit, die brillante Polonaise mit „schönem Schwingen“ und fand mit seinen Darbietungen die wohlverdiente Anerkennung der zahllosen Hörer. Wir sehen der weiteren Entwidlung des hoffnungsvollen Neubergriffes mit Interesse entgegen.

**Die ersten Veranstaltungen der „Sternwarte“.**

Wir werden um Veröffentlichung folgender Mitteilung gebeten: Nach Erledigung der organisatorischen Vorarbeiten der Arbeitsausschüsse ist es heute möglich, mit einem einigermaßen fest umrissenen Programm in für die Anfangszeit an die Öffentlichkeit zu treten. Die Reihe der Vorträge- und Autorenabende wird am Dienstag, den 29. April mit einer Vorlesung Heinrich Manns aus eigenen Dichtungen eröffnet. Als zweite Veranstaltung ist ein Vortragsabend des „Sturm“ angelegt, mit Dr. Rudolf Blümler und Oskar Schreier als Vortragenden. Als dritter Autorenabend folgt Arthur von Hagfeld mit eigenen Dichtungen. Gleichzeitig mit den Autorenabenden beginnen die Vorträge über literarische, musikalische, wissenschaftliche und weltanschauliche Fragen. Besonders sei betont, daß die philosophischen Vorlesungen, gemäß den Bestrebungen der Gesellschaft, nicht Einzelsfragen, sondern allgemeinen Problemen der Weltanschauung gewidmet sein sollen. Die Namen der Vortragenden werden demnächst bekannt gegeben. Mit solchen größeren Unternehmungen sollen in künftige Vortragsabende alternieren, mit jeweils besonders bekanntgebenden Programmen (Vorlesungen Hagemann, Frenkel, Hartlaub u. a.) Als erste geschlossene Theateraufführung sind die Dramen von Oskar Kokoscha in Aussicht genommen. Zu Beginn des Sommerfestes nehmen auch die sagnungsgemäß vorgesehenen Mitgliederzusammenkünfte zum Zwecke von Referaten, Diskussionen und zur Vorbereitung von Konzerten.

**Daimler unter militärischer Aufsicht.**

Berlin, 23. März. (Von unserem Berliner Büro.) Der Oberbefehlshaber in den Marken hat eine Bekanntmachung erlassen, wonach die Daimler Motorengesellschaft, Zweigniederlassung Berlin-Mariensfeld unter militärischer Aufsicht gestellt wurde. Der Betrieb ist unvermindert fortzuführen.

**Die Sowjets usw. verlassen Moskau.**

c. Von der schweizerischen Grenze, 23. März. (Br.-Tel. g. R.) Die Neue Korrespondenz meldet aus Petersburg, daß die Sowjets, die Volkskommissare und die maximalistischen Verwaltungsorgane von Moskau nach Samara oder sogar nach Ufa übersiedeln werden.

**Die Schweiz und der internationale Völkerbund.**

c. Von der schweizerischen Grenze, 23. März. (Br.-Tel. g. R.) Die Basler Nachrichten berichten aus Bern: Zwischen dem Vorstand des Schweizer Friedensvereins und einer Anzahl von parlamentarischen Mitgliedern fand eine Besprechung statt über die Frage der Einsetzung einer interparlamentarischen Kommission durch den Bundesrat zur Prüfung der Frage des Anschlusses der Schweiz an den zu gründenden internationalen Völkerbund. Die Frage wird möglicherweise auf dem Wege einer Eingabe ins Parlament zur Sprache gebracht werden.

**Vor einer finanziellen Katastrophe.**

c. Von der schweizerischen Grenze, 23. März. (Priv.-Tel. g. R.) Das „Berliner Tageblatt“ meldet, daß die Zahl der italienischen Überläufer sich mit jedem Tag mehrte. Die Flüchtlinge erzählten, daß ihr Vaterland vor Ereignissen stehe, deren Folgen schwer übersehbar seien. Das Land stehe vor einer finanziellen Katastrophe. Die Stimmung im Volk und in der Armee sei außerordentlich gedrückt. Die Presse stehe unter strengster Zensur. Wenn die erwartete österreichische Offensive gegen Vailen erfolgreich sein sollte, werde der Widerstand im ganzen Land verhängnisvoll sein. Täglich verließen ganze Truppen italienischer Soldaten die Heil in der Flucht über die Grenze. Die Grenzüberwachungsmaßnahmen sind verschärft worden. Ein großer Teil der Flüchtlinge solle den Augen der Grenzposten zum Opfer.

**Friedensfeindliches aus Italien.**

c. Von der schweizerischen Grenze, 23. März. (Br.-Tel. g. R.) Von der italienischen Grenze berichten Schweizer Blätter: Die in der Schweiz einreisenden italienischen Zeitungen so der Ananti weisen neuerdings wieder Zensurstrafen im Umfang von halben Seiten auf. Zahlreiche Kriegsblätter und interkontinentalische Vereine in Italien fordern die Unterdrückung der Stamps und anderer friedensgeneigter Zeitungen.

**Die achte Kriegsanleihe.**

Unionwerke A.-G. Mannheim-Berlin Mark 250 000.

**Die Versicherung beim Landaufenthalt.**

Bereits im Vorjahre waren alle innerhalb der Reichsorganisation auf dem Lande untergebrachten und in den örtlichen Listen der in Betracht kommenden Abgabegemeinden und Aufnahmeortkreise aufgeführten Kinder und die sie aufnehmenden Haushaltungsvorstände durch den Verein „Landaufenthalt für Stabtkinder“ bei der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-Gesellschaft, Frankfurt a. M. versichert worden. Die Versicherung erstreckte sich bei Kindern auf alle Unfälle, die sie auf der Hin- und Rückfahrt sowie während der Dauer des Landaufenthalts erleiden, bei den landlichen Haushaltungsvorständen auf jede Art von geheimer Hoffpflicht, die sie aus Anlaß der Aufnahme der Kinder treffen kann.

Die Beiträge sind jetzt vom Verein auf ein weiteres Jahr bis einschließlich 15. März 1919 verlängert und dabei einige Verbesserungen getroffen worden. Insbesondere wurde der Tagelohn bei vorübergehenden Unfallsfolgen erhöht. Ferner sind die Beiträge in vollem Umfang auch auf die Begleitpersonen ausgedehnt worden und zwar gleichviel, ob sich deren Tätigkeit auf den Hin- und Rücktransport beschränkt, oder ob ihnen darüber hinaus auch die Beaufsichtigung der Kinder auf dem Lande übertragen ist. Es erübrigt sich daher in diesem Jahre für die Abgabekreise eine besondere Versicherung der Begleitpersonen zu veranlassen. Die gesamten Kosten der Versicherung der Kinder, Haushaltungsvorstände und Begleitpersonen werden, wie im Vorjahre, wiederum vom Verein „Landaufenthalt für Stabtkinder“ getragen.

Zur Vermeidung von Mißverständnissen wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der vorstehende Versicherungsschutz nur dann eintritt, wenn die Unterbringung der Kinder auf dem Lande durch die zuständige Landaufenthaltsoberleitung der aufnehmenden Gemeindeverwaltung organisationsgemäß vermittelt wird. Auf privatem Wege untergebrachte Kinder stehen nicht unter dem Schutz der Versicherung. (Mitt.)

obenden ihren Anfang. Es finden abwechselnd (vorläufig alle 14 Tage) philosophische und literarisch-musikalische Abende statt.

(Wir geben dieser Aufschrift selbstverständlich gern Raum, möchten aber bemerken, daß wir den angeblichen Verfall der „Sternwarte“, ihren Mitglieder jene verschiedenen Bezeichnungen unparteiisch, ohne für bestimmte Richtungen Propaganda zu machen, in ihren beruflichen Vertretern vorgeführt — vergr. die Aufschrift im Mittagsblatt vom 18. März —, in diesem Programm, das doch wohl den Bestrebungen der Gesellschaft für längere Zeit hinaus den Beiträgen zu geben beabsichtigt und schon dadurch einseitige Propaganda zu machen geeignet ist, noch nicht erkennen können. Alle angeführten Autoren gehören dem Epistemismus an, unter dessen Einfluß gewisse Kreise auch das Volkstheater und die Kunststoffe immer mehr zu bringen suchen. Selbstverständlich bleibt es jedermann freigestellt, hier in Rahmen expressionistischer Vereinigungen zu begreifen, aber die Väter der Bewegung sollten dann auch offen den äußeren Ausdruck für das zu finden suchen, was sie innerlich erziehen, nämlich Förderung einer ganz bestimmten Richtung; letzteres ist aber, das sei hier offen ausgesprochen, weder die Aufgabe des Volkstheaters noch der Kunststoffe. Sollte die Propaganda für eine ganz bestimmte Richtung der modernen Kunst und Literatur in der bisherigen Weise fortgesetzt werden, so wird die hier vorhandene Gegenmeinung weiter Kreise in berechtigter Opposition und lebhafter Reaktion ihren Ausdruck finden. D. Schrift.)

Philharmonischer Verein. — IV. Konzert im Abfaltungsjahr. — Gustav Mahler, II. Symphonie.

Die Befehung des Orchesters, die Mahler für die Aufführung fordert und die am Abend bei dem am 6. April stattfindenden Konzert erreicht wird, ist folgende: 18 erste, 16 zweite Violinen, 12 Bratschen, 12 Celli, 10 Bässe, 4 Fagotten, 2 kleine Fagotten, 4 Oboen, 2 englische Hörner, 4 Klarinetten, 1 Waldhorn, 4 Fagotte und 1 Kontrabaß, 6 Trompeten, 6 Hörner, 6 Posaiten und Bassklarinete. Das Schlagzeug ist in diesem Werk ein kleines Orchester für sich: 6 Pauken, große und kleine Trommel, hohes und tiefes Tamtam, Becken, Triangel, Glöckenspiel, 3 Glöden, Rute, dazu eine Fernrohrschelle, große Trommel, Triangel und Becken. Die Wirkung, die Mahler gerade durch diese laut so belläufig benötigten Instrumente erzielt, hat sich außerordentlich. Wenn im Schlußsatz alle anderen Instrumente verstummen und aus tiefstem Schweißen, zuerst fast tonlos beginnend, ein ungeheurer Wirbel der Pauken, Trommeln und des Tamtams zu beginnendem Sturm ausbricht, glaubt man wirklich, die Gräber aufzuringeln und den Orken des jüngsten Tags über die bebende Erde traufen zu sehen.

# Sitzung des Bürgerausschusses

am Freitag, den 22. März.

## Errichtung einer hauptamtlichen Dozentur für Philosophie, Psychologie und Pädagogik an der Handels-Hochschule.

Die weitere Debatte über die Vorlage nahm folgenden Verlauf:

Sto. Ketz (Vorführ. Sp.) knüpft an die Ausführungen des Vorredners an. Die Handels-Hochschule sei dringlich vorgeschlagen mit der Vorlage. Man habe sich durch Kurse im letzten Winter ein praktisches Urteil über experimentelle Psychologie gebildet und die Einführung dieses Lehrganges sei zu begrüßen. Der Besuchsstand zeige ein anderes Bild, wenn man die Hospitanten und Hörer dazu rechnet. Die Gehaltsaufschläge betrage dann 800. Die Einrichtung der Dozentur sei unbedingt erforderlich, sie müsse eine Brücke in dem bisherigen Lehrstoff schließen. Die Handels-Hochschule müsse Hochschulbildung vermitteln, wenn sie nicht auf den Stand einer höheren Lehranstalt herabsinken wolle. Wir müssten die jungen Kaufleute so bilden, daß sie mitarbeiten könnten an allgemeinen Aufgaben. Im Süden des Reiches werde man mehr an Philosophie denken, das für soziale und ideale Zwecke diese Aufgabe auf seine Schultern nehme. Redner geht dann des näheren ein auf die Vorteile, die er sich vom rationalen Arbeiten verspricht. Es könne wohl Mikroskop getrieben werden seitens des Unternehmers, aber wegen dieser Beschränkung dürfe man doch die Einführung nicht scheitern lassen. Man müsse sich eben gegebenenfalls gegen Mikrophobie wenden. Auch die Lehrschrift schreibe sich den Wünschen der Handels-Hochschule an. Sie wünsche eine philosophische Ausbildung und verpönte sich von dieser Erweiterung der Handels-Hochschule günstigen Einfluß auf ihre eigene Lehrtätigkeit. Er habe eine einstimmige Annahme der Vorlage erwartet, weil Rammstein damit den Schlüssel seiner Lehr-Einrichtungen lege.

Stadtm. Dr. Siedinger (nat.) empfiehlt die Vorlage aus Gründen der Volkswirtschaft. Redner betrachtet die Aufgaben der Philosophie und Psychologie und die Bedeutung der Dozentur. Angeht es der ungenutzten Berufe, die unser Volkswirtschaft erfüllen hat, sei eine planmäßige, gezielte Wirtschaftswissenschaft unbedingt notwendig. Hier habe die psychologische Wissenschaft einzuwirken um die Ergebnisse der Wirtschaftswissenschaft unter Führung unserer Wirtschaft zu bringen zu lassen. Besonders wichtig sei die Berufsberatung der Kriegsveteranen und der Jugend. Die Lehrer aller Schulanstalten hätten die Pflicht, sich mit der psychologischen Jugendkunde vertraut zu machen. Die neue Dozentur sei aber auch vom Standpunkt der Eltern aus zu begrüßen. In anderen Hochschulen seien bereits derartige Arbeitsstätten geschaffen. Die Hochschulen müßten Kulturschulen sein für Schule und Elternschaft werden. Was den Kostenpunkt betreffe, so müsse man den Lebensnotwendigen nicht hinter das Gute und Schöne setzen. Zum Schluß verteidigte der Redner das Taylor-System, das auch dem Arbeiter Vorteile bringe, wenn man es nicht nach amerikanischen Muster mißbrauche.

Sto. Koch (Zentr.) verbreitet sich in längeren Ausführungen über verschiedene Bedenken, die er gegen die Errichtung der Dozentur trägt, ohne die Vorlage jedoch ganz abzulehnen. Experimentelle Psychologie sollten eigentlich nur Institute treiben, die sich das leisten könnten.

Prof. Dr. Schott nehmte sich über das Arbeitsgebiet der Dozentur und geht dabei auf die von den Vorrednern angeschnittene Frage der Psychotechnik ein. Er stimmt mit Herrn Dr. Siedinger darin überein, daß man sich von der Dozentur nicht zu viel versprechen dürfe, aber sehr wohl die Pflege der Psychotechnik von großem praktischem Nutzen sei. Er sei wie vor 10 Jahren so auch heute noch der Ansicht, daß eine Professur für Philosophie für unsere Hochschule nicht unbedingt nötig sei. Auch Vorlesungen über Ethik und Pädagogik müsse er nicht für unbedingt notwendig. Aber höchst wichtig sei fragend die Pflege dieser Disziplinen. Der Hebelberg habe man zur praktischen Anwendung der Psychotechnik die Vorarbeiten und das Schülermaterial voraus. Redner will nicht die Bedenken, die Sto. Koch bezüglich der Kosten vorgebracht hat. Er rechne dabei auf Unterstützung von privater Seite. Die Handels-Hochschule müsse sich zu einem wissenschaftlichen Zentrum ausbauen; sie sei bisher noch nicht in dem wissenschaftlichen Maße in das öffentliche Bewußtsein eingedrungen. Redner bittet zum Schluß um die Bewilligung der Dozentur, mit der man der Handels-Hochschule einen großen Dienst erweise.

Sto. Krenz (Nat.) tritt für die Vorlage ein. Es sei nicht so, daß die Industrie sich an die Handels-Hochschule gewandt habe, um Errichtung der Dozentur, sondern umgekehrt, die Handels-Hochschule habe die Industrie dafür interessiert. Man habe dem Grundgedanken: „Freie Bahn dem Tüchtigen!“ Den Tüchtigen zu suchen sei Sache der Schule, die Bahn zu schaffen sei die neue Professur mit Berufung. Und schon aus dem Grunde sollte man der Vorlage zustimmen.

Stadtm. Rammstein (Soz.) vertritt sich von der Jugend-Berufsberatung auch im Frieden nicht viel, die Lebensverhältnisse seien wohl so, daß der sofortige Verdienst für die Wahl des Berufs ausschlaggebend sei. Die praktische Prüfung bei älteren Personen werde auch in Zukunft geübt werden. Er bezweifle, daß es Aufgabe der Stadt sei, die Hilfsmittel zu schaffen für Einführung des Taylor-Systems. Seine Freunde hätten es gerne gesehen, daß ein Lehrstuhl für Ethik und experimentelle Pädagogik errichtet würde, was darüber hinausginge sei nicht Sache der Stadt. Ein Teil seiner Fraktion würde demnach wohl den ersten Teil der Vorlage befürworten, lehne sie aber in anbetracht des zweiten Teiles ab.

Oberbürgermeister Dr. Kutzer ist der Meinung, daß man überrede, wenn man mit dem Vorredner sage, daß die Forschungen eines Gelehrten einen maßgebenden Einfluß auf das Verhältnis zwischen Unternehmertum und Arbeiterklasse ausüben müßten. Ob überhaupt der Psychologe auf diesem Gebiet sich betätigen werde, sei eine große Frage. Wenn man erkenne, daß die Dozentur für die Handels-Hochschule wertvoll sei, dann werde man trotz aller Bedenken der Vorlage zustimmen können. Wenn die Handels-Hochschule die Dozentur nicht geschaffen hätte, dann wäre die Stadt gezwungen worden, auf andere Weise die Lücke zu füllen. Redner verbreitet sich über die finanzielle Wirkung der Vorlage. Die Regierung sei durchaus nicht der Meinung, daß die Stadt mit dem Ausbau der Handels-Hochschule über das Ziel hinausgeschosse. Die Regierung habe einen Zuschuß zugesagt, sobald es die Budgetmittel gestatteten. Das sei aber bisher nie der Fall gewesen. (Heiterkeit.) Redner schließt mit der Bitte um Annahme der Vorlage.

Sto. Seel (Soz.) erklärt, daß namentlich im Hinblick auf die Ausführungen Prof. Dr. Schott's ein großer Teil seiner Freunde für die Vorlage stimme.

Nach zweistündiger Debatte wurde über die Vorlage abgestimmt, die mit großer Mehrheit angenommen wurde. Ein großer Teil der Linken stimmte dagegen.

### Aufbesserung der Bezüge der Pensionäre.

Nach der städtischen Vorlage werden die zurückgebliebenen Pensionen in die jetzigen Gehaltsstufen eingereiht nach der Art der Stelle, die sie während ihrer Dienstleistung zuletzt versehen haben. In gleicher Weise wird den zurückgebliebenen Arbeitern die Hälfte der Lohnaufhöhung des aktiven Arbeiters (300 M.) gewährt. Die zurückgebliebenen Beamtinnen der Volksschule erhalten von der Stadtgemeinde ebenfalls einen Zuschuß zu der staatlichen Ruheverforgung. Wenn auch nach dem Verhältnis, in dem die Ruheverforgung zwischen Staat und Stadt geteilt ist, von der zu gewährenden Zulage ein geringerer Anteil auf die Stadtgemeinde entfallen würde, so soll doch wie bei der bisherigen Kriegsbekämpfung den Beamtinnen ein Viertel der den im aktiven Dienst stehenden Beamtinnen bewilligten Zulage zugewilligt werden. Die vorgeschlagene Regelung erfordert einen Jahresaufwand von 107 000 M., von denen auf 230 Familien Hinterbliebener (Witwen und Waisen) mit Bezügen unter 1000 M. 24 000 M., auf 51 zurückgebliebene Beamte 20 000 M., auf 101 zurückgebliebene Arbeiter 34 000 M., auf 32 Lehrer und Beamtinnen der Volksschule 6000 M., auf 48 Mitglieder der Hoftheaterpensionärliste 17 000 M., auf 23 Mitglieder der Hoftheaterpensionärliste 17 000 M. entfallen.

Die Begründung der Vorlage erfolgt durch Sto. B. v. ...

Sto. Ketz (Sp.) bekräftigt die Vorlage und bittet, daß die Ausführungen in besserer Weise als dies seitens des Staats geschähe, erfolge.

Es erfolgt einstimmige Annahme.

### Städtische Gutsverwaltung.

Der Stadtrat ersucht um Zustimmung zu folgenden Beschlüssen:

1. Die Stadtgemeinde kauft das fürstlich bayerische Hofgut Bronnackerhof auf die Dauer von 20 Jahren gegen einen jährlichen Pachtzins von 7153 M., sowie das Freiherrlich von Berlichingen'sche Hofgut Dörnshof auf die Dauer von 12 Jahren gegen einen Pachtzins von 3320 M.

2. Die Stadtgemeinde erwirbt von den bisherigen Pächtern der genannten Güter das gesamte lebende und tote Inventar, sowie die Bestände an Vieh, Schafen und Schweinen zum Preise von 200 000 M. (Bronnackerhof) bezw. 142 180 M. (Dörnshof).

3. Die Mittel zur erstmaligen Ausstattung der gesamten Gutsverwaltung mit dem erforderlichen lebenden und toten Inventar mit Vieh, Schafen und Schweinen, sowie zur Bestreitung des Aufwandes für den Betrieb der Gutsverwaltung auf der Friesenheimer Insel und im Friesenhof sind vorläufigweise aus dem Erneuerungsfonds zu decken. Die Beträge haben die auf sie verwendeten Kapitalsummen mit 5 Prozent zu verzinsen und, soweit solche Anlagen inbetracht kommen, mit jährlich 1 Prozent zusätzlich der ersparten Zinsen zu tilgen. Auch die Reinerträge der Betriebe dienen zur Verringerung des Vorlaufes (Betriebsfonds). Der Erlös der abgehenden Rindvieh ist ebenfalls zur Verringerung des Vorlaufes zu verwenden, desgleichen nützlich aus laufenden Mitteln ein Betrag, der dem Unterschied zwischen diesem Erlös und dem Anschaffungswert entspricht. Wird in einem Jahre auf diesem Wege der Vorlauf nicht in wirtschaftlich genügender Weise gemindert, so ist die erforderliche Ergänzung aus der laufenden Wirtschaft des betreffenden Betriebes, nötigenfalls durch Zuschußleistung der Stadtgemeinde, zu decken.

Sto. B. Siedinger schlägt in der Vorlage notwendige Maßnahmen zur Verbesserung der Gutsverwaltung. Er persönlich sei aber nicht in der Lage, für die Vorlage zu stimmen, da die Vorlage besage, die städtische Gutsverwaltung auch nach dem Kriege fortzuführen. Im Namen des Stadtverordnetenverbandes empfehle er die Annahme.

Sto. B. Krenz (nat.) bemerkt, daß seine Parteifreunde der Vorlage unter dem Vorbehalt zustimmen würden, daß die städtische Landwirtschaft mit der Beendigung des Krieges aufhöre.

Sto. Dr. Siedinger regt an, aus einem der Höfe landwirtschaftliche Anlagen zu errichten, in denen zurückgebliebenen Kinder landwirtschaftliche und gärtnerische Arbeiten erlernen, um später sich ihren Lebensunterhalt damit erwerben zu können.

Sto. B. Krenz (Zentr.) erklärt, daß seine Freunde der Vorlage zustimmen. Er wirft die Frage auf, ob man statt der Feldwirtschaft nicht besser Gartenwirtschaft in größerem Maße betreiben. Auch er ist dafür, daß die Gutsverwaltung nach dem Kriege wieder abgebaut werde.

Sto. B. Krenz (Soz.) bemängelt die lange Dauer der Pachtverträge und hält den Pachtzins in Anbetracht dessen, daß so mit einem Defizit gearbeitet werde, für zu hoch. Im übrigen empfiehlt Redner die Erzeugung von landwirtschaftlichen Produkten zum Verbrauch in unserer Stadt.

Sto. B. Siedinger erklärt die Zustimmung seiner Fraktion; allerdings erfolge sie ohne viel Freude. Um für die Gutsverwaltung zu sorgen, müsse man die Gutsverwaltung eben betreiben, da wir auf anderem Wege die unbedingt benötigte Milch nicht billiger erstehen könnten.

Sto. B. Krenz (Soz.) sieht auf dem Standpunkt, daß der kostspielige Ausbau der Gutsverwaltung jetzt nicht notwendig gewesen wäre, wenn man in Friedenszeiten städtischerseits besser vorgegangen hätte. Die Gutsverwaltung sei nur ein Notbehelf. Bürgermeister Dr. Kutzer stellt fest, daß der Grund der Beseitigung der Mängel sei. Es werde das Bestreben der Gutsverwaltung sein, den Wirtschaftskreis nach den städtischen Bedürfnissen anzupassen. Die Sicherstellung der Versorgung sei nur durch städtisches Vorgehen zu bewerkstelligen. Er bitte um Annahme der Vorlage, die durch die beschriebene Vorlage erfolgt sei.

Sto. B. Krenz (Soz.) erklärt im Gegenfall zu seinem Fraktionskollegen Krenz, daß die sozialdemokratische Fraktion gegen die Dauer der Pachtverträge nichts einzuwenden habe.

### Errichtung neuer städtischer Gemeindefriedhöfe.

Der Stadtrat hat beschlossen, entsprechend dem im Haushaltsplan für das Jahr 1918 vorgesehenen Mittel die Zahl der städtischen Gemeindefriedhöfe von 1974 auf 2007 zu erhöhen.

Aus der Begründung der Vorlage ist zu entnehmen, daß die 14 Stellen, die schon längere Zeit bestanden, durch die Aufnahme der Beamtinnen des Hoftheaters in die Gehaltsaufhöhung erstmals in Erscheinung treten. Eine Stelle entsteht durch Aufhebung von Gehaltsaufhöhung, sechs Stellen durch Umwandlung von Arbeiter- in Beamtinnenstellen, 16 Stellen werden neu geschaffen, vier städtische Dienststellen kommen in Betracht.

Nach kurzer Empfehlung durch Sto. B. Krenz einstimmig angenommen.

### Strassenbahnnetz.

Oberbürgermeister Dr. Kutzer gibt bekannt, daß ein sozialdemokratischer Änderungsantrag bezüglich der Preise für Monatsstreckenkarten und Wochenfahrtscheine eingegangen ist.

Sto. B. Krenz geht bei Begründung der Vorlage auf die Steigerung der Ausgaben ein, die den Fahrgästen der Strassenbahn auf 119 187 M. gesteigert haben. Der Stadtverordnetenverband empfehle die Annahme der Vorlage.

Sto. B. Krenz (Soz.) hält den neuen Tarif für viele Arbeiter, die zur Arbeitstätte fahren müssen, für unerträglich. Er wünscht eine Drosselung der Preise für Streckenkarten und Wochenfahrtscheine, wie sie in dem sozialdemokratischen Antrag zum Ausdruck kommt. Die 1-2 Teilstrecken sollten beibehalten werden. Falls der sozialdemokratische Änderungsantrag nicht angenommen würde, lehne seine Fraktion die Differenz 3 und 4 der Vorlage ab.

Strassenbahnbedienter Kommittee verteidigt den vorgeschlagenen Tarif. Die Vergünstigungstarife seien auf dem Varietät aufgebaut. Durch die Erhöhung der Einkommensgrenze werde der Preis der Wochenfahrtscheine bedeutend erhöht. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion unterbreite den ganzen Tarif. Wenn man den Tarif wieder ändern wolle, müsse man die Verhandlungen mit Ludwigshafen von Neuem aufnehmen. Dadurch würde aber die Einführung des neuen Tarifs am 1. Mai gefährdet. Dieser Termin müsse aber unter allen Umständen eingehalten werden, weil die Verkehrssteuer vom 1. Juli ab zu entrichten sei. Er bitte, die Vorlage unbedenklich anzunehmen.

Sto. B. Krenz (Nat.) hält die Verteuerung der Tarife nicht vereinbar mit einer gesunden Wohnungspolitik und wird die Zustimmung verweigern. Er wünscht die Erlassung eines Kaufverbots für die Plattformen und die Einführung des 5 Minuten-Betriebs auf der Ringbahn.

Dr. Kutzer bittet, sich an die Vorlage zu halten und andere Fragen bis zur Besprechung des Haushaltsplans zurückzustellen. Sto. B. Krenz (Soz.) sucht nochmals die Verteuerung der Monatsstreckenkarten nachzuweisen. Er verlangt bezüglich der Monatsstrecken eine Verteilung der Tarife nach der tatsächlich vorgeplanten Zeitleistung. Der sozialdemokratische Antrag gliedert die Tarife in 7.50 M. (für 1-2 Teilstrecken), 9 M. (für 3-4 Teilstrecken), 12 M. und 15 M. Bei den Wochenfahrtscheinen erhebt der Antrag die Erhöhung einer Portion für 1-2 Teilstrecken, die mit 90 M. (für zweimalige Fahrt) und 1.50 M. (für viermalige Fahrt) berechnet werden sollen.

Nach 42 gegen 22 Stimmen wurde der sozialdemokratische Änderungsantrag abgelehnt. Die städtische Vorlage fand unbedenklich mit knapper Mehrheit Annahme. Die Sitzung wird darauf tags über 7 Uhr am Montag vertagt.

## Betrachtungen über die gestrige Bürgerausschuss-Sitzung.

Der Bürgerausschuss hat in seiner gestrigen Sitzung die Vorlagen, die dem städtischen Vorstand vorgelegt wurden, nicht sämtlich erledigt. Bis gegen 7 Uhr die Erörterung der Strassenbahn-Tarife genähert war und der Oberbürgermeister Bürgermeister Dr. Kutzer zu einem einleitenden Vortrag über die städtische Bedarfsverforgung des Worts geben wollte, wurde das Kollegium sehr energisch abgelehnt. Und das war gut so. Am Montag kann mit frischem Interesse und vor besser beleagerten Banken über das außerordentlich wichtige Kapitel unserer städtischen Kriegswirtschaft debattiert werden, als es gestern Abend der Fall gewesen wäre.

Den besten Raum in den Erörterungen nahm wider Erwarten die Vorlage über die Errichtung einer hauptamtlichen Dozentur für Philosophie, Psychologie und Pädagogik an der Handels-Hochschule ein. Man habe damit gerechnet, daß der Ausbau des „wissenschaftlichen Bildungszentrums der Stadt Mannheim“, das unsere Handels-Hochschule nach dem festen Willen ihrer Leiter immer mehr werden soll, einstimmige Zustimmung finden würde. Das war nun nicht der Fall. Die Opposition kam von einer Seite, von der man sie am allerwenigsten erwartet hätte: von der sozialdemokratischen. Sto. B. Krenz hatte schärfere grundsätzliche Bedenken. Er befürchtete, daß die Arbeiten der neuen Dozentur zum Nachteil der Arbeiterklasse ausfallen. In der Begründung der Vorlage wird u. a. gesagt, daß der Aufgabenskreis der neuen Lehrkraft auch das weitestverbreitete Gebiet umfassen soll, das man mit dem Sammelnamen „Wirtschaftswissenschaften“ bezeichnen kann. „Hierher“, so heißt es in der Begründung weiter, „gehört die Beurteilung der Wirksamkeit der Werbemittel (Psychologie der Reklame) unter Benutzung erprobter Methoden, hierher die Feststellung der Berufsbeurteilung mit ihren durch den Krieg jetzt so bedeutsamen Aufgaben, hierher auch die Rationalisierung der Arbeitsmethoden unter Berücksichtigung wirtschaftlicher, sozialer und ethischer Gesichtspunkte“. Sto. B. Krenz (Soz.) meint, daß die Untersuchungen über die „Rationalisierung der Arbeitsmethoden“, die von der neuen Dozentur vorgenommen werden sollen, von der Industrie zu einer Bedrückung der Arbeiterklasse ausgeht werden, daß mit dem Ergebnis der gleiche Mikrophobie geübt wird, wie mit dem sogenannten Taylor-System in Amerika. Wir sind mit den bürgerlichen Rednern, die zu der Vorlage sprachen, der Meinung, daß Herr Seel mit seinen Freunden zu schwach ist. Wir dürfen nicht mehr zu unserer Industrie das Vertrauen haben, daß sie nicht in dem von der Sozialdemokratie befürchteten üblen Sinne „veramerikanisiert“. Es ist, wie der Oberbürgermeister ausführte, nach gerichtsamtlich festgestellt, daß der neue Professor mit seinen Hilfstruppen überhaupt dazu kommt, das Gebiet zu bebauen, dem die Linke sozial Mikrophobie entgegenbringt. Aber selbst wenn es dazu kommt, dann werden die Ergebnisse sicherlich nur zum Besten der Vernachlässigung der Arbeiterklasse und damit auch zum Vorteil der Arbeiterklasse, aber nicht zur an sich unrationellen Ausnutzung der menschlichen Arbeitsenergie angewandt werden. Es gibt überall „schwarze Schafe“. Wenn sich in der Industrie Mikrophobie nach amerikanischem Muster herausstellen sollten, dann ist die Sozialdemokratie immer noch in der Lage, dagegen anzukämpfen. Daß sie vor derartigen Kämpfen nicht zurücksteht, dafür haben wir in der deutschen Arbeiterbewegung der Beispiele genug. Es ist aber auch — und das dürfte der Kernpunkt in der vorliegenden Auffassung über die Folgen der Forschungen der neuen Dozentur sein — nicht angeht, wegen dieser Meinungsverschiedenheit die ganze Vorlage abzulehnen.

Mit großer Wärme und Sachkunde traten auf der Gegenseite der städtischen Stadtverordneten Hauptreferent Krenz und der ausgezeichnete Leiter unseres Volksschulwesens, Stadtschulrat Dr. Siedinger, für die Vorlage ein. Die beiden Schulmänner wissen die Wichtigkeit der neuen Dozentur für unser geistiges und wirtschaftliches Leben in vollem Maße einzuschätzen und sind auch der festen Überzeugung, daß unserer Handels-Hochschule ein Zuwachs zuteil wird, der eine längst empfundene Lücke ausfüllt. Unseren Pädagogen erschließen sich mit der Pflege der Disziplinen, die der neuen Dozentur zugewiesen sind, wichtige Wissensgebiete, Gebiete die immer größere Bedeutung gewinnen werden, weil mit nach dem Kriege, der unserer besten Volkstracht so enorme Verluste zugefügt hat, in erster Linie Wirtschaftswissenschaften treiben müssen. Da ist es von hervorragender Wichtigkeit, daß jeder heranwachsende Deutsche seinen geistigen Fähigkeiten entsprechend um die richtigen Platz gestellt wird. Man hat diese Berufsbeurteilung bereits in diesem Kriege bei den Kraftfahrern praktisch erprobt und die besten Erfolge erzielt. Es wird Aufgabe unserer Pädagogen sein, nach wie vor mehr als bisher schon im Auge die ihm eigenen Anlagen und Fähigkeiten zu erkennen und zu wecken. Und allein deshalb ist die Schaffung der neuen Lehrstühle an unserer Handels-Hochschule auf das dringlichste zu begrüßen. Die Sozialdemokraten ließen sich durch die überzeugende Beredsamkeit der Befürworter der Vorlage, zu denen sich auch Professor Dr. Schott gefellte, nicht umstimmen. Stadtm. Rammstein schlug in die gleiche Kerbe, wie sein Fraktionskollege Seel, sogar noch etwas schärfer, und so wurde die Vorlage gegen einen Teil der Linken angenommen. Wir hoffen zurecht, daß der Beschluß unserer Handels-Hochschule zu Segen gereichen und ihr zahlreiche neue Hörer zuführen wird, damit sich die weite Kluft, die z. B. noch zwischen den Ausgaben und Einnahmen besteht, mehr und mehr verringert. Mit einer bedeutenden Zubehörszahl wird man immer rechnen müssen, aber hier handelt es sich um Ausgaben, die für einen wichtigen kulturellen Zweck erfolgen. Wollen wir der Handels-Hochschule eine der Bedeutung unserer Stadt als Handels- und Industriezentrum entsprechende Stellung verschaffen, dann dürfen wir vor Opfern nicht zurückweichen. Es wird dabei allerdings auch mit Genugtuung zu prüfen sein, ob sich der Aufgabenskreis der Hochschule in dem Rahmen bewegt, der ihr gezogen bleiben muß, wenn sie nicht zu der vom Sto. B. Krenz befürchteten „Keinen Unterfall“ werden soll.

Die übrigen Vorlagen wurden mit Ausnahme derjenigen über die Erhöhung der Strassenbahn-Tarife glatt angenommen. Der Linken sind die neuen Sätze für Monatsstreckenkarten und die Wochenfahrtscheine zu hoch. In erster Linie wurde bemängelt, daß die Teilstrecken 1-2 weggefallen sind, sodas von 1. Mai ab der Preis für die ersten vier Teilstrecken der gleiche ist. Man ist aber zu beachten, daß bei der Annahme der sozialdemokratischen Forderungen, die sich zu einem formulierten Antrag verdichteten, der ganze Tarif gefährdet worden wäre, weil neue Verhandlungen mit Ludwigshafen gepflogen werden müßten. Da zudem die Verkehrssteuer vom 1. Juli ab entrichtet werden muß, so kann die Einführung des neuen Tarifs nicht auf hinausgeschoben werden. Ueber die Notwendigkeit vermehrter Einnahmen zur Verringerung des enormen Währungsdrückes unserer Strassenbahn ist man einig. Zu der Verbesserung des Ertrages müssen auch diejenigen beitragen, die durch den sozialdemokratischen Antrag geschont werden sollten. Da auch mehrere Mitglieder des Zentrums gegen den Tarif der Monatsstreckenkarten und Wochenfahrtscheine stimmten, so ergab sich bei der geschlossenen Gesamtheit der Linken nur eine knappe Mehrheit für die städtische Vorlage.

## Aus Stadt und Land.

Aus der Stadtratsitzung vom 21. März 1918. Als städtisches Volksschulkonzert zu Einheitspreisen werden im Laufe des Monats April unter Mitwirkung des Musikvereins und des Hoftheaterorchesters unter Leitung des Hofkapellmeisters Leherer Haydn's „Jahreszeiten“ im Aibelungensaal des Rosengartens aufgeführt werden. Näheres wird noch veröffentlicht werden. Herr Geh. Kommerzienrat August v. Röhling hat den Betrag von 3000 M. für Stadfarme zur Verfügung gestellt. Zum Vorsteher des 23. Armenbezirks wird Herr Kaufmann Joseph Jütte auf die Dauer von 6 Jahren wieder gewählt.

Wegen Befehung der erledigten Rektorstelle an der Volksschule wird nach dem Vorschlage der Schulkommission dem Hr. Unterrichtsministerium Vorlage erstattet.

Die in Mannheim in der letzten Zeit stärker hervortretende Wohnungsnot hat den Stadtrat vor einiger Zeit veranlaßt, die Regierung nachzugeben, zur Gewinnung weiterer Wohnungen Ausnahmen von dem Verbot der Einrichtung selbständiger Wohnungen in Dachgeschossen der 1. und 2. Bauklasse und in Untergeschossen zu genehmigen.

Dem Landsturm-Infanterie-Ersatzbataillon XIV/31 bzw. dem Gefangenlager hier werden für das Jahr 1918 etwa 235 000 Quadratmeter brauchbare Geländeparzellen zur Anpflanzung überlassen.

Für die Strafen im Kleinwohnungsgebiet der Gewanne: 1. Wasserbett und Unterfeld im Stadtteil Feudenheim; 2. 29-31 Sandgewinn im Stadtteil Feudenheim wird das Straßensandbeizungsverfahren eingeführt.

Für das Baugelände zwischen der Mannheimer- und der Reilstraße im Stadtteil Käferthal wird bei Hr. Bezirksamt der Antrag gestellt auf Herbeiführung des Vollzugs der vom Tiefbauamt bearbeiteten Neueinstellung.

Verlängerung der Polizeifunde.

Die Karlsruh. Ztg. schreibt halbamtlich: Das Ministerium des Innern hat mit Verordnung vom 21. März 1918 bestimmt, daß die Vorschriften seiner Verordnung vom 28. November 1917, die Erpressen von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln betreffend, hinsichtlich der Schließung der offenen Verkaufsstellen am 24. März 1918 außer Kraft treten.

Stetszeitig wurden die Großh. Bezirksämter ermächtigt, für die Zeit vom 15. Mai bis 15. September 1918, soweit hierfür ein Bedürfnis der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung besteht, für ihren Amtsbezirk, für einzelne Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern oder für bestimmte Betriebe zu gestatten, daß Gasse, Speise- und Schankwirtschaften, Kaffees sowie Vereins- und Gesellschaftsräume, in denen Speisen oder Getränke verabreicht werden, bis 11 Uhr abends geöffnet bleiben dürfen.

Erfolg von Fliegergeschäden.

Wie bereits bekannt ist, werden sowohl die Schäden, die bei feindlichen Fliegerangriffen an Fabriken und Fabriken entstehen, als auch ihre Folgen durch das Reich und vorläufig nach den bestehenden Bestimmungen vom Staat ersetzt.

Militärische Beförderungen. Unteroffizier Karl Schwarz, 2. St. im Felde, Anhaber des Eisernen Kreuzes, Beamter der Firma Wehr, Nöcking in Ludwigsbafen, wurde zum stellvertretenden Hauptmann, Gefreiter Heinrich Steingraber von hier zum Unteroffizier befördert.

Kanzelung. Justizreferent Friedrich Hallbauer beim Amtsgericht Mannheim wurde das Rgl. Preuß. Verdienstkreuz für Kriegsdienste verliehen.

Errichtung eines bulgarischen Generalkonsulats in Mannheim. Das Ministerium des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen Amtes gibt in der Karlsruh. Ztg. bekannt: Der kürzlich Vippische Kommerzienrat Herr Hermann Lemmer in Mannheim ist zum Rgl. Bulgarischen Generalkonsul daselbst ernannt worden.

Die Tarifausläufe mit den Preisen der veräußerten Fahrkarten werden vom 1. April 1918 an auf den Stationen nicht mehr ausgehängt. Die Fahrkartenausgabestellen erteilen auf Verlangen Auskunft über die Fahrpreise.

Dunkelblau Uniform. Die Reichsbekleidungsstelle hat für die Bewertung getragener Offiziersbekleidungsstücke der früheren Proben festgesetzten Richtpreise von neuem erhöht und rechnet damit, daß die Offiziere und die sonstigen ihre Bekleidung selbst beschaffenden Heeresangehörigen entbehrlich oder unbrauchbar gewordene Stücke nimmere in größerem Umfang an die in der Heimat bestehenden Abnahmestellen für getragene Bekleidungsstücke abgeben lassen werden.

nach ihrer Brauchbarkeit neben der Bezahlung nach dem Recht auf Auslieferung von Begünstigten über entsprechende Stücke bürgerlicher Kleidung verbunden. Die Ablieferung ausgenommen oder nicht mehr verwendeter Bekleidungsstücke liegt im vaterländischen Interesse.

Schule und Gербstoffgewinnung. Die Großh. Kreisämter wurden vom Ministerium des Innern ermächtigt, in den Gegenden, in denen sich Schafwälder befinden, Schüler und Schülerinnen der obersten Schulstufe der Volksschule bis zum letzten Schuljahr herab von Mitte April bis Ende Juni d. J. vom Schulbesuch zu befreien, wenn und solange sie von ihren Eltern beim Schneiden und Klopfen der Wolle benötigt werden.

Unpäßbarkeit der Kriegsteuerungsbeihilfen. In einer humanen und zeitgemäßen Entscheidung hat das Oberlandesgericht Bamberg ausgesprochen, daß, obwohl eine ausdrückliche gesetzliche Bestimmung, wonach Kriegsgeheimnisse der Pfändung nicht unterworfen sind, fehlt, Kriegsteuerungsbeihilfen der Beamten und Lehrer dem Zugriff der Gläubiger entzogen sind.

Der Vortrag über die Arbeiterdichter unserer Tage, den Schriftsteller Feil Dross am morgigen Sonntag im Mannheimer Künstlertheater „Apollo“ zum Besten der Bürgerhilfe für die 110er abhalten wollte, wird wegen Verhinderung des Hofschaulpielers Hans Kraus-Karlsruhe, der aus Werken der Arbeiterdichter registrieren sollte, ausfallen und wird Mitte April gehalten werden.

Freiwilligkeit. Am Freitagabend bringt die Kartengesellschaft die Einladung zum Jahres-Abonnement, auf die wir auch an dieser Stelle ganz besonders hinweisen wollen. Im vergangenen Jahre hatten sich die Anlagen des Friedrichsplatzes eines sehr starken Besuchs zu erfreuen, ganz besonders seitens der Abonnenten, wie er seit der Gründung nicht besser aufzuweisen war.

Das Fest der silbernen Hochzeit begeht heute Herr Robert Horn, Wagnermeister, mit seiner Gattin Maria geb. Drumm, Gortensfeldstraße 4.

Vereinsnachrichten.

Mannheimer Journalisten- und Schriftsteller-Verein. Die ordentliche Generalversammlung (Hauptversammlung) findet, wie bekannt gegeben, heute Abend 8 Uhr im „Speisehaus Hindenburg“ statt.

Verein für Feuerbekämpfung Mannheim-Ludwigsbafen. C. D. Auf die morgen (Sonntag) Vormittag 11 Uhr im Redenshof des Restaurants „zum Rodenstein“, O 2, 18, stattfindende diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung sei im Anschluß an die vor einigen Tagen veröffentlichte Anzeige auch an dieser Stelle nochmals aufmerksam gemacht.

Vergnügungen.

Mannheimer Künstlertheater Apollo. Heute wird „Der fidele Bauer“ wiederholt. Am morgigen Sonntag wird das Volksstück „Wo die Schwärzen nisten“ in beiden Vorstellungen gegeben. Für die ersten drei Tage der Karwoche — an denen Gassengaststätten verboten sind — wird auf Veranstaltung der Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten das bekannte Beleuchtungs-Schauspiel „Die Schiffsrührigen“ aufgeführt.

Mannheimer Strafkammer.

Strafkammer I. Sitzung vom 19. März. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Baumgartner.

Ohne Erlaubnis habe im Oktober v. Jrs. der Händler R. G. aus Bietheim im Bezirk Einsheim Karzoffeln und Wepfel aufgefahret und nach Mannheim gebracht. Vom Schöffengericht ist deshalb Urteil gegen ihn auf 2 Wochen Gefängnis ergangen. Mit seiner Berufung erwidert er heute die Herabsetzung der Strafe auf die Hälfte.

Die verheiratete Barbara Reza aus Friedrichsdorf beehrte sich am letzten Weihnachtsabend billige Geschenke, indem sie in einem hiesigen Warenhaule Waren im Werte von 18 Mark, in einem andern Waren im Werte von über 1000 Mark, hauptsächlich Seide stahl. Das Schöffengericht hat gegen die Angeklagte auf 6 Wochen Gefängnis erkannt, was der Staatsanwalt für zu wenig erachtet.

Wegen einer dreifachen Unterschlagung ist unlängst ein 16jähriges Mädchen, C. B., zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Eine Kontoristin hatte die Summe von 600 Mark, die sie bei der Post einzahlen sollte, der B. auf einen Augenblick zur Aufbewahrung übergeben, worauf die B. damit durchging. 600 Mark von dem Gelde ließ sich die Mädelige Arbeiterin Marie Kurz geben. Die B. am 2. beim Besetzen des übrigen Geldes half. Die Kurz ist vom Schöffengericht zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt worden. Ihre Berufung bleibt ohne Erfolg. Verteidiger: Rechtsanwalt Dr. Heib.

Aus dem Magazin der heimischen Fabrik Goldschmidt in Rheinm., in das er sich öfters ohne Befugnis mit einem zufällig postenden Schlüssel Eingang verschaffte, hat der Fabrikarbeiter Johann Funke in den Jahren 1916 und 1917 Seife, Pappständer, Handtücher, Kerzen, Besen und inaberdessen Teeliebriemenleider weggenommen. Die Sache kam durch die Hausdurchsuchung bei einem Schuhmacher in Schwetzingen, der solches Leder für den Radfahrfabrikator Wolf E. verarbeitet, ans Licht. Funke, der durch seine Unehrlichkeit andere in Verdacht gebracht hatte, wurde zu 8 Wochen, der Radfahrfabrikator zu 3 Tagen Gefängnis verurteilt. Verteidiger: Rechtsanwalt Dr. Aug. Müller und Rechtsanwalt Dr. Koh.

Ein Voger, das jedes Kammerbiers erfreut hätte, wurde bei dem Bahnarbeiter Karl Best in Altkuhelm aufgedeckt. Da fand man zwei Stücke besten Weines, 162 Pfund Weizen, 90 Pfund Hafer, 94 Pfund Roggen, 50 Pfund Gerste, ferner Erbsen, Durobbl, Konfekt, Kondensierte Milch, Honig, Kaka, und Kakaopulver, Schweizer Stumpfen, kurz Bekleid., wie sie mancher Kognakwarenhändler in Friedenszeiten nicht gehabt hat. Best war Rabe und Kammer in einer Person. Er war als Soldat verwundet und dann nach seiner Genesung wieder als Bahnarbeiter angenommen worden. Als Telefonpostenwärter bekam er einen obliegenden Posten, der ihm gestattete, auf Reub auszugehen. Was man bei ihm fand, war lächerlich mit ein Teil seiner Beute. Einen großen Teil der Schuld lastet er auf einen Arbeiter B. abzuwälzen, der verunglückt ist — ein Fuch wurde ihm abgefahren — und nun im Krankenhaus liegt. Dieser habe die Bomben an den Wagen beteiligt, was aber B. entschieden bestritt. Best, der erklärt, daß er aus Not gehandelt habe — seine Familie ist neun Kopf stark — wird zu einer Gefängnisstrafe von 16 Monaten verurteilt; Verteidiger: Rechtsanwalt Dr. Koh.

Aus dem Großherzogtum.

Kappelnwind, 20. März. Kammerherr Friedrich Christian von Beckheim, Gutsbesitzer in Altkuhelm, ist an den Folgen eines Schlaganfalles gestorben. Er war am 10. Juli 1851 in Karlsruhe geboren. Die Bestattung erfolgte unter großer Anteilnahme der Bevölkerung am Sonntag.

Kreuzburg, 20. März. Eine Freiburger Dame, die nicht genannt sein will, hat den Vorsitzenden des Pflemtbundes deutscher Frauen, Ortsgruppe Freiburg, die Summe von 1000 Mark für die Bekämpfung des Hiltfaktors „Wolf“ überwiesen.

Körsch, 19. März. Die Eheleute Bonaventura Reimann feierten das Fest der goldenen Hochzeit.

Geschichtliche.

\* Landau, 22. März. Ein junges Warenlager zusammengefallen haben in den Jahren 1914 bis 1915 in Reustadt, Ludwigshafen, Landau und Mannheim Katharina Lorenz geb. Priester, 33 Jahre alt, Ehefrau von Valentin Lorenz, Margareta Priester geb. Poh, 43 Jahre alt, Köchlerin, Witwe von Franz Priester, Maria Salomon geb. Priester, Ehefrau von Heinrich Salomon, 45 Jahre alt, und Elise Priester geb. Priester, Witwe von Georg Priester, 80 Jahre alt, alle von Diedelsfeld, wohnhaft in Reustadt, die sich jetzt vor der Strafkammer zu verantworten hatten. Welchen Umfanges die den Angeklagten zur Last gelegten Diebstähle sind, läßt sich daraus ersehen, daß die bei den Angeklagten vorgefundenen Stoffe usw. — von den besten bis zu den geringsten — einen großen Raum des Sitzungssaales beanspruchten. Die Katharina Lorenz will das bei ihr Vorgefundene gekauft haben. Margareta Priester behauptet, daß es doch nicht schlimm sei, wenn man für einige hundert Mark Stoffe besitze. Sie verdiene viel Geld, ebenso ihr Mann. Sie könne überhaupt ohne großen Vorrat nicht leben. Bei der Angeklagten Salomon und für etliche hundert Mark Stoffe vorgefunden worden. Sie meint, bei den heutigen Preisen könne man das ganz leicht haben. Das Geld habe sie mit ihren Kindern verdient, und sie könne es nicht leihen, wenn ihre Kinder nicht ordentlich angespart seien. Voriges Jahr habe sie allein für über 500 Mark Schafwolle gekauft. Sie könne doch nicht fortwährend mit einem Rod herumlaufen. Die Angeklagte Elise Priester befand sich im Besitze von 24 neuen, noch nicht benutzten Taschentüchern, die mit verschiedenen Buchstaben bezeichnet sind. Die Untersuchung wurde gegen die Angeklagten eingeleitet auf anonyme Anzeige hin. Bei der Hausdurchsuchung in den Wohnungen wurde festgestellt, daß die Schränke mit unearbeiteten Kleiderstoffen gefüllt waren, und alles war sorgfältig geordnet. Unter diesen Sachen wurden auch schöne Spagierhüte mit Silbergriffen vorgefunden. Wenn alles, was bei den Angeklagten beschlagnahmt wurde, herbeigeschafft worden wäre, dann wäre es noch einmal so viel, wie im Sitzungssaale lagerte. Bei den Angeklagten habe es in den Schränken ausgehoben wie in einem Warenlager. Der Staatsanwalt bemerkte in der Begründung der Anklage, daß man es mit einer gefährlichen Diebstahlsbande zu tun habe, die sich die Ladendiebstähle als Spezialität auszeichnen habe und der das Handwerk auf längere Zeit gelegt werden müsse. Es wurden beurteilt: Katharina Lorenz zu 3 Monaten Gefängnis, Margareta Priester zu 3 Monaten Gefängnis, Maria Salomon wegen Rückfalldiebstahls unter Annahme mildernden Umstände zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis abzüglich 2 Monate Untersuchungshaft, Elise Priester zu 6 Monaten Gefängnis.

Handel und Industrie.

Vom Tabakmarkt.

Mannheim, 22. März. (Wochenbericht.) Nachdem neuerdings noch weitere kleinere Mengen 1917er Tabake seitens der Pflanzler in die Magazine eingeliefert worden sind, dürfte nimmere die gesamte vorjährige Tabakernte aus erster Hand gewonnen sein. Der Menge und Güte nach sehr befriedigend ausfallen, brachte sie den Pflanzern durchweg hohe Erlöse, was sicherlich starken Anreiz für die Beibehaltung des Anbaus in bisheriger Höhe geben dürfte. Die in der Gärung befindlichen vorjährigen Gewächse machen infolge günstiger Witterung in der Entwicklung rascher Fortschritte. Sie befinden sich durchweg in guter Verfassung, besonders auch diejenigen Sorten, welche für bessere Zwecke bestimmt sind. Die Zigarrenhersteller werden aus der Vorjahresernte zweifellos große Mengen zu Umblatzzwecken geeigneter Rohware erhalten. Inzwischen halten die Pflanzler Umachbar nach brauchbarem Tabaksamen, weil dieser, sobald die Witterung etwas wärmer und stetiger geworden ist, in den Gärtenbeeten ausgesetzt wird. Von 1917er Sandgruppen sind schon erhebliche Mengen von Verarbeitern abgerufen und zum Teil auch schon geliefert worden. Jetzt sind auch die 1917er Sandblätter, Hagelabake und Gaizen für die Verarbeitung freigegeben worden, nachdem sie meistens verarbeitungsfähig sind. Der Verarbeitung kommen diese Sorten sehr gelegen, weil ja großer Mangel besteht. Die Zigarrenhersteller haben sich größtenteils schon auf ihr verringertes Kontingent eingerichtet und sind zu den erforderlichen Arbeiterentlassungen geschritten. Durch die Einschränkung in der Erzeugung ist wohl die Spannung zwischen Bedarf und Angebot etwas gemindert, aber nicht ganz beseitigt worden. Inhabern von Bedarfskenntnissen ist es auch weiterhin schwer, die geeignete Ware schlank zu erhalten. Das war besonders bei Umblat der Fall, dessen Bestände in Inlandware sehr zusammengeschrunken sind. Neuerdings wurden vereinzelt 1916er Tabake angeboten, für die sich gutes Interesse zeigte. So ist jetzt ein Posten von 600 Ztr. elstisches Schneidgut am Markt. Die Klagen daß manche Dauerschneidhaber nicht ausreichend mit Tabak bisher beliefert worden sind, hängen damit zusammen, daß die Händler dritter Hand ihr bestimmtes, nach ihrem 1915er Verbrauch festgesetztes Kleinmengenkontingent haben und in Friedenszeiten diese Kleinmengenverkäufer durchschnittlich nur verhältnismäßig geringe Mengen bezogen. Zur Abstellung dieses Mißstandes ist die Höchstbezugsmenge für jeden Dauerschneidhaber jetzt auf monatlich 50 kg Rohabak festgesetzt. Bei der letzten Kontingentbeschränkung sind die Kleinmengenverkäuferkontingente auch nicht gekürzt worden. Für die Zukunft wird sich nun eine ausreichendere und vor allem gleichmäßigere Versorgung dieser Abnehmergruppe ergeben. Am Markt in Tabakrippen fand man überaus regen Bedarf, aber nur beschränktes Angebot vor, so daß dem Drängen um Zuteilung der Ware nur in beschränktem Maß entsprochen werden konnte. Da man mit der Zulassung der Hopfenzigaretten für Heereslieferungen bestimmt zu rechnen scheint, sind im Laufe der letzten Wochen ansehnliche Posten für Tabakerzeuger gekauft worden. Die dafür bewilligten Preise gingen von M. 75-70 bis zu M. 50 herab, je nach der Güte. Die Nachfrage nach sonstigen Ersatzstoffen blieb rege. Die größten Andienungen erfolgten in Buchenblättern, Lufttrochone und reine Buchenblätter wurden bahnrühr westfälischer Stationen zu M. 25 der Zentner angeboten. Ferner forderte man für das Kilo gedörrten Waldmeister M. 7,25, geschmittenen Knöberich M. 3,65, geschmittenen Hufstätt M. 5,50 und für geschmittenen Schachtelalm M. 2,80.

Die Berlinische Lebensversicherungsgesellschaft. (Alte Berlinische) mit ihrer Zweigniederlassung „Deutsche Militär-dienst-Versicherung, Hannover“ bietet die Möglichkeit, auf die denkbar bequemste Weise Kriegsantelbe zu erwerben, indem sie jedem, der bei ihr eine Lebensversicherung oder Militärdienst- oder Brautaussterversicherung abschließt, das Recht gibt, in gleicher Höhe Kriegsantelbe zu zeichnen.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat März.

Table with 7 columns: Pegelstation von Rhein, Datum (16, 18, 20, 21, 22, 23), Bemerkungen. Rows include Hilingen, Kehl, Rastatt, Mannheim, Mainz, Koblenz, Köln, vom Neckar, Mannheim, Hellbrunn.

Wetter-Aussichten für mehrere Tage im Voraus.

(C. H.) Unwetter Nachdruck wird gerichtlich verfolgt. 24. März: Wolkig, teils Sonne, strichweise Niederschläge, milde. 25. März: Meist heiter, angenehm. 26. März: Sonne, Wolkenzug, ziemlich warm. 27. März: Wenig verändert. 28. März: Kaum verändert. 29. März: Sonne, angenehm. 30. März: Sonne, Wolken, warm.

Danksagung.

Für die herzliche Anteilnahme, sowie für die zahlreichen Kranzspenden bei dem Hinscheiden unseres lieben Sohnes und Bruders

Wilhelm

sprechen wir allen, insbesondere der Direktion und technischen Abteilung der Firma Benz & Cie. unseren tiefgefühlten Dank aus. Portier Wilhelm Fischer und Familie.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem uns so schwer betroffenen Verluste unseres innigst geliebten unvergesslichen Gatten, Sohn, Bruder und Schwager sprechen wir hiermit unserem tiefgefühlten Dank, insbesondere dem Kollegium der Mollschule.

MANNHEIM, den 22. März 1918. Familie Buselmaier Elisabeth Buselmaier geb. Scheiber.

Berlinische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft, vereinigt mit Deutsche Militärdienst-Versicherung, Berlin S. W. 68, Markgrafenstrasse Nr. 11, bietet durch ihre

Kriegsanleihe-Versicherung

die beste Gelegenheit, sich durch vorteilhaften Abschluss einer Lebens- oder Militärdienst- oder Brandversicherungs-Versicherung unter Aufwendung geringer Mittel mit grösseren Beträgen an der Zeichnung zur K. Kriegsanleihe zu beteiligen.

Nämliche Einzahlungen auf die Kriegsanleihe übernimmt die Gesellschaft.

Nur Zahlung der tarifmässigen Prämie erforderlich! Keinerlei Anzahlung!

Ankunft durch die Geschäftsstelle P. Schlicker, Mannheim, L. 11, 25.

Mobiliar-Versteigerung.

Dienstag, 26. März 1918, nachmittags 2 Uhr

versteigert sich im öffentlichen Auftrage

Stadtratsplatz 17, 3. Et.

weissbleibend gegen Veran-

staltung:

1 pol. Schreibstisch mit

Kasten, 1 Bücherregal, 1

Schiffstisch, 1 Sofa u.

6 Stühle, 1 Divan, 1

st. Ausziehtisch u. Stuhl,

1 Bierstisch, 1 Stuhl, 1

Stuhl, 1 unbedeckter

Jahres, 1 Pfeilertische,

1 Spiegel, 1 Tisch, 1 K.

weissbleibender Schrank,

1 Kleiderstisch, 1 st. Sch-

rank mit Stuhl, 1 B.

Stuhl, 1 Spiegel, 2

Stühle, 1 Tisch, 1

Stuhl, 1 Spiegel, 1

Statt Karten.

Paul Schalow

Rosel Schalow

geb. Wauer

Vermählte.

Mannheim

N 7, 29.

Statt Karten.

Emma Weber

Georg Wöllner

Verlobte.

Mannheim-Rhein

z. Zt. im Felde

Palmsamstag 1918.

GEMALDE - AUSSTELLUNG GEBR. BUCK

HEIDELBERGERSTRASSE

O 7, 14 Telefon 1730

GRAPHISCHES KABINETT: VORNEHMSTE OSTER-GESCHENKE.

Zahn-Praxis

O 5, 18-19 L. Müller O 5, 18-19

Sprechstunden: 9-12, 2-6, Sonntags 10-12 Uhr

20jährige Fachtätigkeit. 5482

Alle Konfirmanden

welche sich bei mir photographieren lassen, erhalten ein grosses Bild gratis.

6 Kabinett-Bilder von 5.00 Mk. an

6 Prisma-Bilder von 7.00 Mk. an

6 Welt-Bilder von 4.00 Mk. an

1 Pst. Postkarten von 2.50 Mk. an

Vergrosserungen nach dem kleinsten Bilde.

Das Atelier ist Sonntags den ganzen Tag geoffnet.

Photographie-Atelier Marg. Runser

Schwetzingenstrasse 21a.

Schreibmaschinenbänder und Kohlepapiere

liefert vorteilhaft 3206

Otto Zickendraht

Büro-Einrichtungen

Fernstr. 150. O 7, 5. Mannheim.

STRUMPF-KLINIK

Geschw. Schweizer fertigt aus schraubbar gewordenen Strümpfen und Socken, tadellose Arbeit, hersehbar wie neu.

Manheim und Umgebung

Spezial-Strumpf-Geschäft

Emma Mager Kaufhaus Bogen 26

Annahme von morgens bis 4 1/2 Uhr nachmittags.

Christian Hohlweg

Packgeschäft für den gesamten Kontorbedarf

D 7, 7 Mannheim Tel. 4350

Anfertigung von Geschäftsbüchern.

Farbbänder, Kohlepapiere, Schreibmaschinenpapier, Durchschlagpapiere, Canzels u. Konzept, Packpapiere Schreibwaren. 3a16a

Holzkohlen

in Wagenladungen und kleinen Posten liefern

Gebrüder Rieß - Leipzig

Drahtanschrift: Brüderstrasse, Fernspr. 6022 u. 3227

Verkäufe

Gut eingerichtete

Wagen- und Autolackiergeschäft mit Lack- und Farbenporzellan

sofort zu verkaufen. Anfragen Wilhelm Reichert Witwe, Heidelberg

Blindgasse 15.

Offene Stellen

Verkaufsbildung eines erden, leistungsfähigen Fach- und Farben-Verkauf für die Herstellung des Generalvertriebs mit Sitz in Mannheim einen tätigen, mit der Branche vertrauten

Reisenden

nach Möglichkeit bei der Industrie gut eingeführt zum baldigen Eintritt gegen Fixum und Verrechnungspesen. Ausführliche Bewerbungsbedingungen mit Referenzen und Angabe des frühesten Eintritts unter N. 321 an Haasenstein & Vogler H.-G. Mannheim. 2615

Zeichner oder Zeichnerin

Schriftliche Angebote mit Angabe der vorherigen Tätigkeit erbeten an Bischoff & Mensel, G. m. b. H. Fabrikbüro, Rheindammstraße 33.

2 Volontäre

mit guten Schulkenntnissen zwecks Auszubildung im kaufmännischen und Expeditionswesen gesucht. 709

Hermes-, Gradientenkontroll- und Tarifgesellschaft m. b. H., Bezirksdirektion Mannheim, B 7, 7 par.

Kranenführer

für Dampfschwimmkran sof. gesucht.

C. G. Maier A.-G.

Paritätstr. 33. 300

Für Botengänge und Mithilfe in der Registratur wird ein ordentlicher, zuverlässiger und ehrlicher

junger Mann

per sofort gesucht. Vorzustellen mit den nötigen Anweisepapieren morgens zwischen 9 und 12 Uhr bei

Vereinigte Spediteure & Schiffer Rheinstrasse 3.

Kraftwagenführer

mit Führerzeugnis für Lastwagen gesucht.

Mannheimer Maschinenfabrik

Mohr & Federhaff. 207

Kräftige Verloader und Arbeiter

sucht zum sofortigen Eintritt die

Ludwigshafener Walzmühle.

Schreiner

Schlosser

und Tischler

garnisondienlich oder arbeitsverwendungsfähig sofort gesucht. \*

Angebote unter Chiffre G. 1000 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. 681

Mädchen

weiches schon in besseren Häusern gedient hat, per sofort gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl. 489

Dame

gefucht. 2385.

„Rhemag“ Rhenania Motorenfabrik

Aktiengesellschaft

Mannheim-Bäckerhof, Siemensstraße 8.

Glaserinnung Mannheim.

Junge Leute, welche das

Glaserhandwerk

lernen wollen, können sofort eintreten. Anmeldungen sind zu machen bei

Adam Lamerdin

Obermeister 685

Eckenheimerstraße 78.

Urlauber

finden Beschäftigung

bei

Ad. Messerschmitt

Industriefabrik

Hausierer

für leichtverfügbare Kräfte gesucht. Zu melden

Samstag nachm. u. Sonntag vorm. 8 Kraft, Mannheim.

Heilbr. 12 II. 548

für die Sonn- und Feiertage a d e u b

Pianist (in)

Geigegeiger und zweiter

Geiger gesucht. Näheres

Café Landburg, D 2, 4/5.

Von Eisenachener in

schief. Mittelstadt wird

für sofort gemachter

Korrespondent

selbständiger Arbeiter u.

für Capabnahme und

Expedition brandetand.

Expedient

evtl. genereller Eifen-

bändler, gefucht. 50

wollen sie nur solche

Personen melden, denen

an einer selbständigen

Stellung gelegen ist.

Angeb. unt. N. 245 an

Haasenstein & Vogler

H.-G. Dresden. 2610

Arbeiter

sofort gefucht. 2600

Färberel Kramer

Bismarckplatz.

Kaufmann, Lehrling

gegen sofortige Vergütung

gegen Vergütung von 2000 Mark

an Herrn gesucht. Ange-

bote unter N. G. 41 an

die Geschäftsstelle. 3320

Lehrling

gefucht von großem

Landesprodukt-Kommission

Gesucht bei sofortiger

Bezahlung. 100

Angebote erbeten unter

P. E. 100 an die Geschäfts-

stelle dieses Blattes.

Fräulein

mit guter Hausfrau

aufsuchend. Büro

gefucht. Angebot mit

Verständnis u. Gehalts-

anspruch unt. D. A. 70

an die Geschäftsstelle

ds. Bl. erbeten. 5458

Fräulein

zum 1. April (siehe ge-

billdet) 5426

Fräulein

gemeint im Bodenverfehr

und schriftlichen Arbeiten.

Angebote mit Zeugnis-

abschriften und Angabe

der Gehaltsanprüche sind

zu richten unter P. L. 111

an die Geschäftsstelle. 6451

Rationalfähige junge

Leute für eine gutgehende

Wirtschaft

sofort gefucht.

Geil, auch zu verkaufen.

Wo? sagt die Welt. 5445

Schulclassenes

Mädchen

sofort gemocht.

Färberei Kramer

Bismarckplatz.

Besseres Mädchen

zu einem kleinen Bude

gefucht. Bewerberinnen



**Großh. Hof- u. Nationaltheater**  
 Samstag, den 23. März 1936  
 24. Vorstellung im Abonnement  
**Der Snob**  
 Paffenhöf. 6 1/2 Uhr Anf. 7 Uhr Ende 9 Uhr  
 Mittel-Preise.

**Mannheimer Künstlertheater**  
 Fernruf 1624 „Apollo“ Fernruf 7144.  
 Heute Samstag abends 7 Uhr  
**Der fidele Bauer**  
 Morgen Sonntag (Palmsonntag) nachm. 3 u.  
 abends 7 Uhr:  
**Wo die Schwalben nisten...**  
 Montag, Dienstag, und Mittwoch:  
**Die Schiffbrüchigen**

**Jugendtheater im Bernhardushof.**  
 Sonntag, den 24. März, nachmittags 3 Uhr:  
**Prinzessin Dornröschen.**  
 Märchen in 5 Akten von G. H. Görner.  
 Karten: Vorverkauf in Sigartenbauhg. 2. Eben.  
 T 1, 4. Telefon 1660. 2690

**Mannheimer Fröbelseminar M 1, 6.**  
**Ausstellung**  
 der Sonderarbeiten, Zeichnungen usw. der abgehenden  
 des Seminars. Geöffnet Sonntag, Montag,  
 Dienstag, den 24., 25. und 26. März jeweils von  
 10-5 Uhr in den Anstaltsräumen M 1, 6 parterre.  
 Eintritt frei. N91

Täglicher Eingang vornehmer  
**Frühjahrs-Neuheiten**  
 für Damen, Backfische, Kinder  
**L. Fischer-Riegel**  
 Fernruf 7631 E 1, 1-4 und P 6, 20 Fernruf 7632  
 Südwestdeutschlands grösstes Spezialhaus für bessere Damen- und Kinderbekleidung.

**Künstlerische Tänze**  
**Lo Hesse**  
**Joachim von Seewitz**  
 Rosengarten Musensaal  
**Mittwoch, den 3. April, abends 7 1/2 Uhr**  
 Karten Mk. 4, 6, 8, 10, 12, 15, 20, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 60, 70, 80, 90, 100  
 in der Hofmusikalienhandlung Heokol, O 3, 10.

**Eröffnung des Photogr. Ateliers**  
**Badenia**  
 Postbörsestr. 7 Neckarstadt  
 Zur Eröffnung große Vergrößerung gratis.  
 Billige Preise Gute Ausführung  
 Den ganzen Tag geöffnet, auch Sonntags.

**Goetheschule** Offen-  
 bach a. M.  
 Klassen, verbunden mit Vorschule, erteilt  
 Einjährigzeugnis. E18c

**Erstklassige**  
**Batterien**  
 4 Monate Lagergarantie.  
 Armbruster, E 1, 13.  
 Telefon 3358.  
**Handschuhe**  
 reinigt, schneidens  
 alle chemische  
 Handschuh-Wäsche  
 W. Schwarz, N 4, 7pt.  
**Kliffel-Anlagen**  
 und Licht-Reparaturen  
 macht schnell und billig  
 Brigel, G 2, in S. Kriegs.

Warenhaus  
**KANDER** Zwei Waggon  
**Zinkwaren!**  
 Mannheim, T 1, 1  
 Schwetzingenstraße, Ecke Reichlich-Landth  
 Neckarstadt, Neckarplatz  
 in bester silberglänzender Verzinkung,  
 daher vorzüglichster Rostschutz  
**ca. 1000 Stück Wannen**  
 oval und rund, in 14 Größen  
**ca. 500 Stück Waschtöpfe**  
 mit Deckel, in 12 Größen  
**ca. 3000 Stück Eimer**  
 extra schwer, in 4 Größen  
**Volksbadewannen . . . . 29.50**  
**Sitzbadewannen . . . . 18.50**  
**Einkochapparate** extra schwer verzinkt, mit  
 Thermometer, Einsatz und  
 6 Klammern **24.50**  
 überlassen weiß . . . 88 Pf. Waschgarnitur 5 teil **6.95** Putzbürsten . . . . . 88 Pf. Backformen eckig, 65, 88 Pf.  
 Oberlassen, decor. . . 88 Pf. dekoriert . . . . . 88 Pf. Schrubber . . . . . 1.95, 85 Pf. Backformen rund 1 25, 85 Pf.  
 Teller tief u. flach . . 45 Pf. Löffel verzinkt . . . 88 Pf. Eschbrenn Borsten . . . 8.50 Vorratswannen . . 68, 58 Pf.  
 Dessortinler . . . . . 28 Pf. Tischbestecke . . 1.95, 1.85 Handhasen Borsten . . 2.85 Briefkästen . . . 1.95, 1.45  
 Terrinen m. Deck. 2.95, 2.85 Dessortbestecke . . . 2.85 Teppichklapp Leder . 1.85 Brothüllen . . . 9.80, 7.85  
 Satzgeschl. . . 6 Stück 1.75 Wandkaffeemöhlen . . 18.50 Teppichbürsten . . . . 2.85 Fleischklippen-hnt. 3.95, 2.85

**Friedrichspark**  
 Einladung zum Abonnement.  
 Das Abonnement beginnt am 1. April 1936 und  
 endet mit dem 31. März 1937.  
 Die Preise für Jahreskarten sind:  
 a) für eine Einzelperson . . . . . 10.-  
 b) für Familien  
 die erste Person . . . . . 10.-  
 die zweite Person . . . . . 4.-  
 jede weitere Person . . . . . 3.-  
 Namennamen zum Jahresabonnement werden an  
 unserer Kasse (Eingang zum Park) entgegenge-  
 nommen und berechnen (zwei schon zum Beginn des  
 Parkes und der Sommer.  
 Mannheimer Parkgesellschaft.  
 Sonntag, den 24. März, nachmittags 3-5 Uhr  
**Konzert**  
 der Kapelle Wettersmann.  
 Eintrittspreis: 50 Pfg., Militär 20 Pfg.  
 Momenten haben gegen Vorzeigen der Jahreskarten  
 freien Zutritt. 268

**Restaurant**  
**Wilder Mann**  
 N 2, 13, nahe dem Kaufhaus.  
 Ab morgen Sonntag konzertiert das  
**Damen-Orchester Wolf**  
 Programm ersten Inhalt. 5497

**Hobel- u. Dreher-Arbeiten**  
 übernehmen. 2569  
**Köhler & Seib**  
 Maschinen-Reparatur-Betrieb  
 Mannheim, Werfstraße 17. 2680

**Palast-Lichtspiele**  
 J 1, 6 Breitenstrasse J 1, 6  
**Bernd Aldor**  
 in seinem neuen Film  
**Der Weg ins Freie**  
 Außerdem:  
**Wie Schnurzel zu  
 einer Frau kam**  
 An der Ost-Riviera

**Alte Damenhüte**  
 wurden nach neuesten Modellen die modernsten,  
**neue Hüte**  
 elegant, raff und billig angefertigt bei 1175  
**W. Diemann Nachf., H 3, 1.**

**Masseuse**  
 Aerztlich geprüft, empfiehlt sich in u. ausser  
 dem Hause. Sprechzeit morg. 9-12, nachm. 3-7.  
**Frau Elise Hillgers** J4a  
 Friedrichsplatz 17, 1 Treppe, Tel. 891.

Im Nibelungensaal des Rosengartens  
 findet am 22. ds. Mts., abends 8 1/2 Uhr ein  
**Lichtbilder - Vortrag**  
 des Kapitänleutnants, Herrn Freiherr Tromsch  
 von Buntlar-Brandenburg über:  
**Luftangriffe auf England**  
 statt.  
 Auf recht zahlreiche Beteiligung unserer Mit-  
 glieder, die Gäste einführen können, wird gerechnet.  
 Der Zutritt ist nur gegen Eintrittskarten, die  
 im Verkehrsverein und am Vortragsabend an  
 der Kasse des Rosengartens unentgeltlich zu  
 haben sind, und der üblichen Einlaßkarte ge-  
 stattet. Reservierte Plätze sind zu M. 2.- da-  
 selbst ebenfalls zu haben. Der Erlös daraus  
 wird ungekürzt zu Gunsten eines Marineunter-  
 stützungs-fonds verwendet. 288

**Seidene Damen-  
 Mäntel und -Hüte**  
 imprägniert  
 in grosser Auswahl, empfehlen  
**Hill & Müller**  
 Gummiwaren-Spezialgeschäft  
 N 3, 12 Kunststrasse N 3, 12

**Damen-Frisier-Salon**  
 O 6, 5, 1. **Gustel Eisbach** Tel. 3117  
 empfiehlt sich in und außer dem Hause.  
**Haarpflege.** (5019) **Schönheitspflege.**

**An die Mieter Mannheims**  
 Die Wohnungsverhältnisse ver-  
 schlechtern sich zusehends. Wohnungen  
 sind fast nicht mehr zu haben: Miet-  
 steigerungen- und Kündigungen nehmen  
 bedrohlichen Umfang an. Es kann un-  
 möglich besser werden, solange die  
 Mieter in ihrer bisherigen stumpfen  
 Gleichgültigkeit verharren. Ohne Zu-  
 sammenschluss ist eine wirksame Ver-  
 tretung ihrer Interessen unmöglich.  
 Mieter Mannheims, tretet daher  
 ungesäumt der Mietervereinigung als  
 Mitglieder bei. Jahresbeitrag nur 2 M.  
 Anmeldungen sind zu richten an die  
 untenstehenden Geschäftsstellen, wo  
 auch Mietverträge gekauft werden  
 können und unentgeltlich Auskünfte  
 in Mietangelegenheiten an Mitglieder  
 erteilt werden. 2688  
 Jungbuschstr. 16, Friedrichsring 36,  
 3. St. Fernspr. 5058. 2. St. Fernspr. 2713.

**!Ergraute Haare!**  
 erhalten prächtig die Naturfarbe wieder mit  
**Hennigson's „Juco“** 1/2 Fl. M. 2.25 und 1/4 Fl.  
 M. 4.20 blond, braun u. schwarz. Unübertroffene  
 Wirkung. Unschädlich. **Löwen-Apothek.**  
**Mohren-Apothek.** **Einhorn-Apothek.**  
**Th. von Eichstedt,** Kurfürsten-Drog. N 4, 13/14  
**Storch-Drogerie, En gros Leo Trausch.**

**Trauringe**  
 Modernhochfeine Ausführung. Fingerringe.  
 Nur solange Vorrat reicht! 1.90  
 Altbekanntes Spezialhaus am Platz.  
**Jacob Kraut, Breitestr. T 1, 3.**